

Jahrbücher für Geschichte Osteuropas



Institut für Ost- und
Südosteuropaforschung

jgo.e-reviews 3 (2013), 4

Online-Rezensionssupplement

An online book review supplement

Im Auftrag des Instituts für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg herausgegeben von

On behalf of the Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg edited by

**Martin Schulze Wessel (München) und
Dietmar Neutatz (Freiburg im Breisgau)**

**Veröffentlicht auf
Published on**



recensio.net

Rezensionsplattform für die europäische Geschichtswissenschaft

http://www.recensio.net/rezensionen/zeitschriften/jahrbucher-fur-geschichte-osteuropas/index_html

© Institut für Ost- und Südosteuropaforschung

Redaktion / Editorial Office:

Redaktion der Jahrbücher für Geschichte Osteuropas
Leitung / Head of office: Dr. Hermann Beyer-Thoma
Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Landshuter Straße 4
93047 Regensburg

E-Mail: Beyer-Thoma@ios-regensburg.de,
jgo@ios-regensburg.de
Internet: <http://www.ios-regensburg.de/de/publikationen/zeitschriften/jahrbuecher-fuer-geschichte-osteuropas/redaktion.html>
Telefon: +49 (0941) 943-5414 / 5417
Fax: +49 (0941) 943815414

Die digitalen Rezensionen von „Jahrbücher für Geschichte Osteuropas. jgo.e-reviews“ werden nach den gleichen strengen Regeln begutachtet und redigiert wie die Rezensionen, die in den Heften abgedruckt werden.

Digital book reviews published in Jahrbücher für Geschichte Osteuropas. jgo.e-reviews are submitted to the same quality control and copy-editing procedure as the reviews published in print.

LUDWIG STEINDORFF (Hrsg.): Religion und Integration im Moskauer Russland. Konzepte und Praktiken, Potentiale und Grenzen. 14.–17. Jahrhundert. Wiesbaden: Harrassowitz, 2010. 527 S., Abb., Tab. = Forschungen zur osteuropäischen Geschichte, 76. ISBN: 978-3-447-06116-2.

Inhaltsverzeichnis:

http://bvbr.bib-bvb.de:8991/exlibris/aleph/a21_1/apache_media/SMAY38M5PE54UIFUTGN8QPG-DAKFEP1.pdf

Der Band, hervorgegangen aus der X. internationalen Konferenz zur altrussischen Geschichte, die im Mai 2008 in Kiel abgehalten wurde, umfasst nebst der Einleitung 22 Beiträge in deutscher, russischer, englischer und französischer Sprache, unterteilt in vier Bereiche: weltliche und geistliche Gewalt; Umgang mit religiöser Verschiedenheit; Diskurse um Orthodoxie; religiöse Praxis und Alltag im Moskauer Reich. Das wichtigste Anliegen der Tagung war, das Integrationspotential von Religion, insbesondere der Orthodoxie, im Moskauer Reich zu untersuchen.

Angesichts der Fülle von Beiträgen kann es nicht darum gehen, alle vorzustellen, zumal nicht alle den Integrationsaspekt gleichermaßen berücksichtigt haben. Es sollen vielmehr anhand von Beispielen einige Erkenntnisse hervorgehoben werden. Die Aufsätze von PIERRE GONNEAU, MICHAÏL KROM, ANDREJ PAVLOV, GEORG MICHELS und GAIL LENHOFF thematisieren die enge Verbindung zwischen weltlicher und geistlicher Gewalt im Moskauer Reich. Diese wird ersichtlich, wenn Gesetzesänderungen mit Berufung auf die Kirchenväter in die Wege geleitet werden oder darin, dass die „Stepennaja kniga“ gleichermaßen Ivan IV. legitimierte wie sie das Čudov-Kloster mit Prestige ausstattete. Und ohne Zweifel kam die Einrichtung des Patriarchates im Jahr 1589 der weltlichen wie der geistlichen Machtsicherung zugute. Die enge Verbindung zwischen geistlicher und weltlicher Herrschaft erlebte einen Höhepunkt in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts, als Patriarch (Filaret) und Zar (Michail Fedorovič) gleichzeitig Vater und Sohn waren. GEORG MICHELS zeigt in seinem Beitrag das enorme Wachstum der Besitzungen des Patriarchats und die rigorose Besteuerung der Einwohner dieser Ländereien mit Hilfe eines stark wachsenden Beamtenapparats. Mit der rücksichtslosen Verfolgung der Unzufriedenen und Kritiker bereitete Filaret, so Michels, den Weg für die gewalttätige Auseinandersetzung mit den Altgläubigen in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts.

Das Moskauer Reich war ein multireligiöser Staat, und der Umgang mit dieser Vielfalt zweifellos eine Herausforderung für die rechtgläubigen Herrscher und die mächtige orthodoxe Kirche. PAUL BUSHKOVITCH, der die Beziehung zum Islam untersucht, betont den Unterschied zu Spanien und Portugal, die ihre Integration nur durch die Vertreibung der Muslime (und der Juden) erringen zu können glaubten. Russland ist nicht den Weg von Zwangsbekehrung, Vertreibung oder Vernichtung gegangen, und Bushkovitch ist der Meinung, dies sei nur erklärungsbedürftig, wenn man den westlichen Weg als Maßstab nehme. Die Orthodoxie hatte andere Ideale und Traditionen als die katholische Kirche. Sie suchte die Integration und Festigung der eigenen Glaubensgemeinschaft, was aber die Existenz von Andersgläubigen nicht ausschloss. Wie ALEKSANDR FILJUŠKIN in seinem Beitrag zeigt, ließ sich Ivan IV. vom Prinzip „jedem seine Religion“ (*u každygo svoja vera*) leiten. Ob die Moskowiter solche religiöse Toleranz tatsächlich von den Tataren übernommen haben, wie BULAT RACHIMZJANOV postuliert, wäre allerdings noch zu untersuchen. Sein Beitrag belegt in erster Linie die erfolgreiche Eingliederung von muslimischen Angehörigen der tatarischen Elite. Die tolerante Haltung des Staates hinderte einzelne Exponenten der Kirche nicht daran, sich missionarisch betätigen zu wollen, wie ALEKSANDR LAVROV dies für Daniil von Temnikov zeigt.

Immer wieder wird deutlich, welche erstaunliche Forschungslücken in Bezug auf die vorpetrinische Zeit klaffen, so etwa, wie ANDRÉ BERELOWITCH betont, für die Geschichte der Altgläubigen. So sei nicht geklärt, warum Aleksej Michajlovič so unnachgiebig die Reformen unterstützte, selbst nach der Absetzung Nikons. Aufgrund der Analyse theologischer Dispute kommt er zum überraschenden Schluss, dass die kirchliche Obrigkeit und insbesondere der Zar eine stetige Verengung der theologischen Perspektive der Orthodoxie bekämpfen und mit der Zeit gehen wollte.

Sehr anschaulich und konkret fassbar wird die integrierende Rolle von Religion im Beitrag von ISOLDE THYRÉT. Die Autorin legt dar, wie die sorgsam inszenierte Belebung des Heiligenkultes um Arsenij und Michail von Tver' der Stadt und ihren Einwohnern ein einigendes spirituelles Zentrum und größere Bedeutung gegen außen verschaffte. In seinem Beitrag, der die Frage von Religion und Integration nur streift, aber überaus interessant ist, befasst sich PAVEL SEDOV mit der sich verändernden Wahrnehmung von Zeit gegen Ende des 17. Jahrhunderts. Dazu untersucht er, wie in der Korrespondenz ver-

schiedener Klöster Zeitangaben gemacht werden. Er zeigt, dass der Übergang zur westlichen, astronomischen Zeitmessung ein längerer Prozess war, der in den 1670er Jahren begann und ein bis zwei Generationen beanspruchte. Ganz deutlich ist in der Korrespondenz auch wahrnehmbar, wie die Zeit schneller zu werden scheint, was die Menschen als *Hast* (*sуета*) empfanden und beklagten.

Zur integrativen religiösen Praxis kann man das Gedenken der Verstorbenen zählen, mit dem sich LUDWIG STEINDORFF und RUSSELL MARTIN beschäftigen. Wie Steindorff ausführt, entwickelte und gestaltete sich die Kommemoration im Moskauer Reich – wenn auch Jahrhunderte später – ganz ähnlich wie in Westeuropa. Das Totengedenken diente unter anderem der Festigung der Gemeinschaft auf synchroner (zwischen den Lebenden) und diachroner Ebene (zwischen Lebenden und Toten). Gleichzeitig förderten die damit verbundenen großzügigen Gaben die Klöster, die ihrerseits eine wichtige Rolle bei der Integration von Randgebieten spielten, wie etwa das Solovki-Kloster in Bezug auf den russischen Norden. RUSSELL MARTIN hebt in seiner Un-

tersuchung einen Spezialfall von Kommemoration hervor: Zar Aleksej Michajlovič gab jeweils an den Todesdaten seiner Eltern große Summe für deren Gedenken aus. Die Mittel gingen an zahlreiche Klöster, so dass, wie sich der Autor ausdrückt, an diesen Tagen jeweils eine große liturgische Gemeinschaft entstand, die für die Seele eines einzelnen Menschen betete und an denen der Zar selbst und die höchsten Hierarchen teilnahmen.

Einige der russischen Autoren, etwa MICHAEL KROM, fordern in ihrer Auseinandersetzung v.a. mit der sowjetischen und russischen Forschungsliteratur dazu auf, Religiosität und die Bedeutung der Religion aus der damaligen Zeit heraus zu verstehen, die Quellen und deren Aussagen ernst zu nehmen und nicht *ex post* unbegründete Interpretationen vorzunehmen. Diesem Band, der insgesamt hochklassige Beiträge versammelt, die auf skrupulösem Quellenstudium basieren und in einigen Bereichen die Kenntnis der vorpetrinischen Zeit entscheidend bereichern, könnte man so etwas gewiss nicht vorwerfen.

Nada Boškowska, Zürich

MATTHIAS WEBER / BURKHARD OLSCHOWSKY / IVAN A. PETRANSKÝ [u.a.] (Hrsg.): Erinnerungsorte in Ostmitteleuropa. Erfahrungen der Vergangenheit und Perspektiven. München: Oldenbourg, 2011. 388 S. = Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 42. ISBN: 978-3-486-70244-6.

Inhaltsverzeichnis:

[http://bvbr.bib-](http://bvbr.bib-bvb.de:8991/exlibris/aleph/a21_1/apache_media/C)

[bvb.de:8991/exlibris/aleph/a21_1/apache_media/C](http://bvbr.bib-bvb.de:8991/exlibris/aleph/a21_1/apache_media/C)
EVHNRYS221N6JDXF89HPK4N524LP2.pdf

Erinnerung als historische Betrachtungsperspektive und der Erinnerungsort als Bezugspunkt komplexer Reflexionen haben sich als wissenschaftliche Kategorie fest etabliert. Sie dominieren geradezu die historische und sozialwissenschaftliche Forschung der letzten zwanzig Jahre und bestimmen die intellektuellen Debatten in großer Breite. Von besonderem Interesse ist das Erinnerungsparadigma im Abgleich verschiedener traditioneller nationaler Perspektiven. Werden hier doch nicht nur die ethnisch-kulturellen Zugänge als Bestandteil der nationalen Erzählung deutlich, sondern auch für einen relative langen Zeitraum die dazu notwendigen Abgrenzungen zum Anderen sichtbar. Hier erscheinen beziehungs geschichtliche Relevanz, mentale Prägung und aktuelle Befindlichkeiten besonders eng verwoben. Dass der

ostmitteleuropäische Raum mit seinem ethnisch-kulturellen Mischcharakter und seiner gesellschaftlichen wie auch staatlichen Unstetigkeit ein besonders geeignetes Objekt zur Erprobung und Anwendung des „Erinnerns“ ist, bedarf keiner weiteren Begründung. Hier setzt der vorliegende Band an. Er geht auf eine im Januar 2008 vom Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität in Warschau veranstaltete Konferenz zurück, die von verschiedenen Institutionen in Polen, Ungarn, der Slowakei und Deutschland getragen wurde, die dem Zweck der „nationalen Erinnerung“ dienen, bzw. sich dieser Aufgabe verpflichtet fühlen. Entsprechend hochkarätig ist der Band besetzt und weckt schon von daher einige Erwartungen.

In den beiden Einleitungsbeiträgen wird der Gegenstand noch einmal tiefgründig reflektiert. MATTHIAS WEBER lässt den Ansatz von Pierre Nora passieren und sieht gerade im Gegensatz zur ursprünglichen Anwendung des Erinnerungsorte-Konzeptes auf Frankreich besondere Voraussetzungen für den ostmitteleuropäischen Diskurs. Neben dem „ethnisch und historisch zerrissenen dezentralen Raum“ sieht er sie vor allem in den Erfahrungen der Unfreiheit, die stärker als im westlichen Europa die Neigung zur historischen Argumentation und zur Historisierung aktueller Fragestellungen erzeugen. Daraus ergab sich für die Beschäftigung mit der Erinnerung auch ein theoretischer Bedarf, dem in ost-

mitteleuropäischen Ländern, besonders in Polen, in den letzten Jahrzehnten intensiv nachgekommen wurde. Als Ziel des Bandes formuliert Weber, recht bescheiden, eine „Ergänzung des ‚Erinnerungsinventars‘“. Er plädiert dafür, mit dem allenthalben verfolgten „gemeinsamen europäischen Geschichtsverständnis“ oder einer „europäischen Erinnerungskultur“ zurückhaltend umzugehen, weil darin schon wieder eine Normierung steckt, mit der man, vor allem in Ostmitteleuropa, eher schlechte Erfahrungen gemacht hat. Auf Dan Diner verweisend spricht er sich für eine bessere Verständigung der Europäer durch einen Abgleich nationaler Gedächtnisse aus.

Im zweiten Einleitungsartikel versucht KRZYSZTOF POMIAN unter dem Titel „Geteiltes Gedächtnis“ das Schemenhafte des Gegenstandes Erinnerung in seiner kollektiven und individuellen Gegenüberstellung tiefer auszuleuchten und wendet sich verschiedenen Dimensionen (kognitiv, emotional, existentiell) der Erinnerung zu. Auf Anmerkungen verzichtend, konzentriert er sich auf Gedächtniskonflikte und fixiert hier die Rolle von Geschichtsschreibung und Historikern gleichsam als Regulativ. Diesen Gedanken führt er im Unterkapitel „Neue Perspektiven“ anhand der Rolle von Staat und Politikern beim Umgang (Erinnerungspolitik) mit Erinnerung weiter. Hier steht vor allem die Frage der Verantwortung im Mittelpunkt. Pomian sieht in allem kollektiven Gedächtnis ein geteiltes Gedächtnis, woraus sich zwangsläufig ein Konfliktpotential entwickelt, dass vor allem politisch bewältigt werden muss. Wenn er am Schluss seiner bemerkenswerten Ausführungen darauf hinweist, dass die Einstellung zum kollektiven Gedächtnis (auch oder eben gerade zum Gedächtnis des Anderen) letztlich immer den lebendigen Menschen betrifft und moralischen Normen entsprechen muss, so macht er damit noch einmal auf die Komplexität des Gegenstandes Gedächtnis/Erinnerung aufmerksam und lässt den Schluss zu, dass die Diskussion um Erinnerung als wissenschaftliches Erkenntnis-konzept noch lange nicht geführt ist.

Der Band wendet sich drei Medien von Erinnerungsorten zu: Städten, Orten und Zäsuren. Im ersten Teil: „Städte als Erinnerungsorte mehrerer Nationen“ wurden drei repräsentative Städte Ostmitteleuropas ausgewählt und aus verschiedenen, zumeist nationalen Erinnerungsperspektiven behandelt. JÖRG MEIER schreibt über Pressburg als Erinnerungsort der Deutschen und Österreicher, MARTIN PAVLIK über Bratislava als slowakischer Erinnerungsort und CSABA G. KISS über Pozsony – zum ungarischen Kapitel eines Pressburg-Lesebuches. Während diese Beiträge mehr historisch-stadtge-

schichtlich ausgerichtet sind, orientieren sich die nachfolgenden Texte zu Lemberg stärker problemorientiert am Gegenstand Erinnerung. ADAM REDZIK verortet Lwów als Erinnerungsort der Polen und betont seine kulturgeschichtliche Bedeutung für die polnische Identität während der Teilungszeit. Hier schließt CHRISTOPH MICK inhaltlich an und konzentriert sich auf den multiethnischen Charakter der Stadt und dessen Bedeutung im Zeitalter von Nationalismus und Krieg. DELPHINE BECHTEL beschreibt Lwiv als Stadt der selektiven Erinnerung in der nationalen Geschichtskonstruktion der Ukraine seit 1991. Sie zeichnet ein sehr eindringliches Bild von der Gestaltung einer Geschichte und einer Erinnerungspolitik, die sich stringent in den Dienst des Nationalismus stellt. Unter dem Verdikt einer Kontinuität ukrainischer Geschichte, die es so nie gab, wird das polnische, deutsche und jüdische Erbe der Stadtgeschichte soweit wie möglich ausgeblendet. Die Massaker an der jüdischen und auch der polnischen Bevölkerung bleiben unerwähnt. Im Vordergrund stehen „Heldentum“ der Kosaken und ukrainischer Nationalisten; Täter werden zu Opfern und die Konflikte mit der bolschewistischen Herrschaft werden ethnisch aufgeladen. NORBERT CONRADS wendet sich Breslau zu und beschreibt die identitätsstiftende Gedenkkultur in der Stadt seit der frühen Neuzeit, wobei er es sehr gut versteht, Würde und Bedeutung der Stadt in ihrer Geschichte an diesen Aspekt zu knüpfen. TERESA KULAK führt diesen Gedanken für die Nachkriegszeit weiter und berichtet über die Aneignung der Stadt durch die Neubürger von den apokalyptischen Erfahrungen am Ende des Krieges bis zur allmählichen Identifikation mit der Stadt als eine Art der Bewältigung des eigenen Verlustes. Auch aufgrund dieser Erfahrungen sieht sie in Breslau einen Vorreiter im Prozess der Schaffung gemeinsamer Erinnerungsorte nach 1989.

Der zweite Teil des Buches widmet sich Orten der Erinnerung an die Opfer totalitärer Systeme. ALICJA BIAŁECKA formuliert die im Erinnerungsdiskurs wiederholt gestellte Frage: Wem gehört Auschwitz? Ihr geht es dabei vor allem um die verschiedenen Wahrnehmungen von Auschwitz bei Polen und Juden. Sie schildert die sich darum rankenden Dispute und Irritationen und kommt zu dem Schluss, dass sich in diesem Prozess der bewussten Wahrnehmung des Anderen eine polnisch-jüdische Annäherung vollzogen habe. Im zweiten Teil des Aufsatzes bietet die Autorin einige interessante Aspekte der musealen Gestaltung, der Bildungsarbeit und der Institutionalisierung der Auschwitz-Erinnerung in Europa. Eben diese Fragen spielen auch im Artikel von BARBARA

DISTEL über das Konzentrationslager Dachau eine zentrale Rolle. Sie schildert die besondere Bedeutung von Dachau bei der Erarbeitung eines Erinnerungskonzeptes in der Bundesrepublik über die Stufen der Verdrängung der Erinnerung in der Nachkriegszeit, ihrer Aneignung zwischen 1975 und 1985 bis hin zu einer Europäisierung nach 1990. PAWEŁ UKIELSKI macht den Stellenwert des Warschauer Aufstandes in der Erinnerungspolitik Polens nach 1990 mit dem Museumsprojekt „Museum des Warschauer Aufstandes“ deutlich. Hier berücksichtigt er sowohl die starke Einbeziehung der Bevölkerung als auch die Rolle des Vorhabens in der Politik der Regierung Kaczyński. KRISTIÁN UNGVÁRY will in seinem Aufsatz „Orte der Erinnerung an kommunistische Verbrechen“ anhand des „Hauses des Terrors“ und des „Zentralfriedhofs“ in Budapest Beispiele für Einseitigkeit und Verharmlosung in der ungarischen Erinnerungskultur geben. Hier geht es vor allem um die Aufrechnung der Verbrechen der ungarischen Faschisten mit denen der Kommunisten, wobei die Verherrlichung und Entlastung der eigenen Nation eine wichtige Rolle spielt. OLEKSANDRA M. VESELOVA schreibt über die Erinnerungsorte für die Opfer des Holodomor in Ukraine. Ergänzend zu den Texten über Lemberg gibt sie Informationen über die Gedenkstättengestaltung und die Organisation des Widerstandes auf dem platten Lande. ANNA KAMINSKY beschäftigt sich mit den Orten der Erinnerung an die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft in Ostmitteleuropa und der Russischen Föderation. Ihre eingangs formulierte These, dass in Deutschland und Westeuropa große Un-

kenntnis über die Verbrechen kommunistischer Besatzung herrscht, darf zumindest für den Zeitraum nach 1989 bezweifelt werden. Sie macht besonders in Russland noch große Defizite in der Erinnerungspolitik aus, wo zwar zunehmend die Verbrechen eingestanden werden, aber immer noch mit Argumenten besonderer Bedingungen eine Relativierung erfahren. Im letzten Artikel dieses Abschnittes schildert ANDRZEJ PRZEWOŹNIK in einem ersten Teil die Katastrophe von Katyn und die Bemühungen ihrer Aufklärung, während JAN RYDEL sich im zweiten Teil der Erinnerung vornehmlich unter dem Aspekt der internationalen Akzeptanz der historischen Wahrheit zuwendet. Der Artikel hat im Anhang ein Verzeichnis der Veröffentlichungen von Andrzej Przewoźnik, der Generalsekretär des Rates zum Schutz des Gedenkens an Kampf und Martyrium in Warschau war und bei dem Flugzeugunglück bei Smolensk ums Leben kam.

Der dritte Teil des Bandes enthält Beiträge zu den Zäsuren 1945, 1956, 1968 und 1989. Während auch hier der ostmitteleuropäische Bezug im Vordergrund steht und durch die Auswahl in gewisser Weise ja auch vorgegeben ist, spielt jedoch die west-östliche Diskrepanz in der Wahrnehmung und erinnerungspolitischen Verortung eine größere Rolle. Diese Beiträge verweisen damit nochmals auf die im Beitrag von Weber erörterten Probleme bei der Schaffung einer Erinnerung in europäischer Dimension.

Der Band enthält ein Personenverzeichnis, ein Verzeichnis der Mitarbeiter sowie eine Ortsnamenkonkordanz.

Ralph Schattkowsky Rostock/Torun

KARL KASER: Balkan und Naher Osten. Einführung in eine gemeinsame Geschichte. Wien, Köln, Weimar: Böhlau, 2011. 462 S., 140 Abb., Ktn. = Zur Kunde Südosteuropas, II 40. ISBN: 978-3-205-78624-5.

Dass Kairo, Izmir und Belgrad in einem Buch so prominent vorkommen, wird nicht wenige überraschen. Im *mental mapping* vieler Intellektueller wird die vermeintliche Europäizität immer noch besonders hoch gehalten. Während das Denken der Historikerinnen und Historiker ausschließlich in den eurozentrischen Kategorien inzwischen fast überwunden ist, dominiert die dreidimensionale Darstellung der Großregionen Europas immer noch.

Man kann den Begriff „Kleinasien“ des Grazer Historikers Karl Kaser zwar unterschiedlich werten; sein Buch über eine gemeinsame Geschichte des Balkans und des Nahen Ostens hat eine wichtige Be-

deutung für die seit gewisser Zeit geführte Diskussion zu Global History, *Area Studies*, Postkolonialismus, aber auch *histoire croisée*. Es wurde zwar spätestens seit Halecki und Braudel bewusst, dass man die (außer-)europäische Geschichte nicht immer stringent in der Form einer ost-, südost- und eben westeuropäischen und westasiatischen Geschichte betreiben kann, jedoch entspricht die geschichtswissenschaftliche Grundlagenforschung an den meisten deutschen, aber auch deutschsprachigen Universitäten der Aufteilung in Ost-, Südost- und Westeuropäische Geschichte. Auf diese Art sind die Lehrstühle organisiert und dies prägt die Forschung erheblich bis heute. All das führte, wie Kaser dies treffend in seiner Einleitung erklärt, zur Entstehung der „Unzuständigkeit“: „Diese Unzuständigkeit hat mit der Ein- und Ausrichtung sowie der Verfestigung von historischen, linguistischen und religionswissenschaftlichen Disziplinen während des 19. und

20. Jahrhunderts zu tun – und insbesondere jener, die territorial definiert sind.“ (S. 13).

Das Buch Kasers ist ein Lehrbuch und für Studierende der Geschichte gedacht, die sich mit diesen, häufig in der Forschung als ‚vollkommen unterschiedlich‘ wahrgenommenen Weltregionen befassen. Es ist sehr klar gegliedert und führt die Leserschaft in die Unterschiede und Ähnlichkeiten des Nahen Ostens und des Balkans in ihrer gemeinsamen Geschichte seit der Steinzeit bis in die Gegenwart ein. Es handelt sich dabei keineswegs um eine politische Geschichte bloßer Namen und Daten. Man erfährt hier viel über die Familienstruktur, Geschlechterbeziehungen, Entwicklung der Nationalismen und des Sozialismus, Körper und Körperbewusstsein, Städte- und demographische Entwicklung, parallele Industrialisierung sowie ethnische, sprachliche und religiöse Vielfalt dieser miteinander zivilisatorisch eng verbundenen Teile „Kleinasien“. In Kapitel 17 geht der Autor auf die dortigen „Wir“- und „der Westen“-Bilder ein. Kaser zeichnet die Entwicklung dieser Vorstellungen während der

Epoche des Kolonialismus und der darauf folgenden Dekolonialisierung, die hier kein „Ende der Geschichte“, sondern ein Übergangsstadium ins Zeitalter des Postkolonialismus ist. Im letzten Teil des Kapitels erfahren die Leserinnen und Leser etwas über die in der Forschung seit Edward Said und Maria Todorova gängigen Begriffe wie Orientalismus, Balkanismus und Okkzidentalismus. Bekannterweise handelt es sich gerade bei diesen Begriffen nicht nur um Denkströmungen in der westlichen Historiographie, sondern um einen wichtigen Paradigmenwechsel, der es ermöglichen könnte, die resistente nationalstaatliche Tradition der Geschichtsschreibung zu überwinden.

Das Buch enthält Bilder und historische Fotografien, die den Stoff anschaulicher machen. Jedes Kapitel schließt mit einem bibliographischen Überblick über Literatur in westlichen Sprachen ab. Am Ende des Buches ist ein Glossar der wichtigsten Termini sowie ein Index zu finden.

Zaur Gasimov, Istanbul

KAROL MODZELEWSKI: Das barbarische Europa. Zur sozialen Ordnung von Germanen und Slawen im frühen Mittelalter. Osnabrück: fibre, 2011. 483 S. = Klio in Polen, 13. ISBN: 978-3-938400-66-1.

Die 2011 publizierte deutsche Übersetzung der 2004 unter dem Titel „Barbarzyńska Europa“ erschienenen Monographie des Mediävisten Karol Modzelewski ist bereits die fünfte Übertragung dieses – und dies sei schon an dieser Stelle vorweggenommen – anregenden Werkes aus dem Polnischen. Diese zahlreichen Übersetzungen belegen neben (auch kontroversen) Besprechungen des Werks in Fachzeitschriften das anhaltende Interesse an den Thesen des renommierten Autors.

Einleitend diskutiert Modzelewski summarisch verschiedene Begriffe und Denkfiguren, die mit dem Terminus „Europa“ in Zusammenhang gebracht werden. Dabei stellt er fest, dass bereits das christlich-antike Erbe, auf welches bei der Suche nach den Ursprüngen Europas gemeinhin verwiesen werde, kein kulturell homogenes, sondern ein heterogenes sei. Doch damit allein sei die Genese der bis in die Gegenwart zu beobachtenden charakteristischen Heterogenität Europas nicht hinreichend zu erklären: Vielmehr sei, so der Verfasser, in der Wissenschaft bislang der Beitrag der traditionellen Gesellschaften und Völker außerhalb des mediterranen Raumes, die von den antiken Völkern vor der Folie ihrer eigenen

Zivilisation als „Barbaren“ bezeichnet und wahrgenommen wurden, zur Heraus- und Umbildung von gesellschaftlich-sozialen Ordnungen, der europäischen Kultur und ihrer bis auf den heutigen Tag zu beobachtenden Vielfalt zu wenig gewürdigt worden. Dieses nicht-christliche, weder römische noch hellenistische Erbe herauszuarbeiten und seine Bedeutung innerhalb der langdauernden, komplexen Ausformung Europas und seiner kulturellen Eigenheiten von der Antike bis ins frühe Mittelalter zu bemessen, stellt das Ziel Modzelewskis dar.

Sein besonderes Interesse gilt dabei der Rekonstruktion sozialer Ordnungen traditioneller Stammesgesellschaften des *barbaricum*s, hier insbesondere verschiedener germanischer und (west)slawischer Völkerschaften Mitteleuropas, die unter sehr unterschiedlichen historischen Vorzeichen in Kontakt mit der antiken Welt traten und dabei auf verschiedene Weise klassische Kulturmuster rezipierten. Am Beispiel der Wandlungen der sozialen Ordnungen und Strukturen in den für die Untersuchung ausgewählten Gesellschaften möchte der Verfasser diese komplexen Prozesse im Rahmen der Formierung Europas erhellen und dabei auch wirkmächtigen gesellschaftlichen Normen, die in diesem Kontext als Erbe des *barbaricum*s angesprochen werden könnten, auf die Spur kommen.

Der Untersuchungszeitraum ist durch die epochalen Eckpunkte Antike und frühes Mittelalter als grundlegende Phase der Entstehung neuer Reiche in

Mitteleuropa definiert und damit ebenso so weit gespannt wie der geographische Raum, dessen Bevölkerung und deren Geschichte auf diese Weise in den Blick gerät. Durch wiederholt angestellte Vergleiche mit den zeitgenössischen Verhältnissen in Skandinavien und der ostslawischen Kiewer Rus' wird dieser Raum noch zusätzlich erweitert.

Dieser große Zuschnitt spiegelt sich auch im Katalog von Schriftquellen verschiedener Entstehungszeiten und heterogener Entstehungskontexte wider, in denen Modzelewski nach Spuren von sozialen Ordnungen und Strukturen bei Slawen und Germanen fahndet: Sie reichen von Texten klassischer römischer Autoren wie Cäsar und Tacitus, über byzantinische und lateinische mittelalterliche Chroniken, über Reiseberichte bis zu verschiedenen Rechtsüberlieferungen der im Fokus stehenden slawischen und germanischen Gesellschaften.

Trotz dieser Reichhaltigkeit bleibt die relative Quellenarmut ein Grundproblem, welches es gerade für die Geschichte der frühmittelalterlichen slawischen Herrschaften zu konstatieren gilt. In diesem Kontext haben archäologische Funde für die Erforschung von an Schriftquellen armen Perioden besondere Bedeutung erlangt. Quellen dieses Typs hat Modzelewski allerdings nicht weiter für seine Studie herangezogen, da er Informationen archäologischen Ursprungs allenfalls der Literatur für einige ausgewählte Argumentationen hätte entnehmen und nicht systematisch aufgrund eigener Forschungen hätte einarbeiten können. Stattdessen versucht er, durch die systematische Verwendung von Methoden und Ansätzen aus der historischen Anthropologie und der Ethnologie aus den schon lange bekannten Quellen die gesuchten Informationen herauszupräparieren.

Das Augenmerk des Verfassers gilt im ersten großen Kapitel seiner Arbeit quellenkundlichen und quellenkritischen Problemen, die sich in besonderem Maße stellen, wenn Berichte über Völker und Gesellschaften ohne eigene Schriftsprache einen großen Teil des zur Verfügung stehenden Materials ausmachen und wenn einzelne Informationen auch vor dem Hintergrund der Probleme zu bewerten sind, die sich aus konkreter Textgenese, intertextueller Abhängigkeiten sowie spezifischen Gattungs- und Darstellungskonventionen ergeben.

Im zweiten Kapitel analysiert Modzelewski die überlieferten *leges barbarorum*, um spezifische Rechtsprinzipien wie beispielsweise das Prinzip der Rechtsverschiedenheit infolge unterschiedlicher ethnischer Zugehörigkeit, besondere Rechtstraditionen sowie die Ergebnisse von Adaptions- und Anpassungspro-

zessen herauszuarbeiten. Dieser Abschnitt bildet eine Art Folie, vor der in weiteren Kapiteln die Verhältnisse von Menschen in unterschiedlich definierten Gruppen aus variierenden Perspektiven eingehender untersucht werden: So beleuchtet Modzelewski zunächst das Verhältnis von Individuen zu ihren jeweiligen Verwandten unterschiedlichen Grades und die Bedeutung dieser Bindungen, die in unterschiedlichen Praktiken in der Austragung oder in der Beilegung von Konflikten mit Dritten relevant waren. Dabei arbeitet er auch die Unterschiede heraus, die das jeweilige Geschlecht für die Handlungsspielräume der betroffenen Personen bedeutete, und welche Rolle ihnen jeweils gemäß der Rechtstradition eingeräumt wurde. Ferner interessieren ihn die Erscheinungsformen sozialer Differenz innerhalb der Ordnung eines gentilen Verbandes.

Eine weitere gesellschaftliche Gruppe, die Modzelewski untersucht, definiert sich durch die gemeinsame Nutzung des unmittelbaren Lebensraums. Diese als nachbarschaftliche Nutzungsgemeinschaft bezeichnete Gruppe wird einerseits hinsichtlich ihrer Praktiken, der lebensweltlichen und dabei insbesondere der (land)wirtschaftlichen Aspekte ihres Lebensvollzugs untersucht. Als grundlegende politische Größe wird sie im folgenden sechsten Kapitel verstanden und analysiert, während im letzten Abschnitt die Institutionen einer gentilen Gemeinschaft eingehender behandelt werden.

Kennzeichnend für das Vorgehen des Verfassers ist die akribische, in ihren einzelnen Schritten gleichwohl auch für Nichtfachleute sehr gut nachvollziehbare Arbeit an und mit den einzelnen Quellen sowie ihre vergleichende Interpretation. Sie fließt in stringent formulierte Argumentationen und synthetische Abschnitte sowie eine anregende Modellbildung ein: So behandelt Modzelewski Slawen und Germanen nicht als kulturell unterschiedliche gentile Gesellschaften, sondern verweist an vielen Stellen auf typologische Gemeinsamkeiten im Bereich der sozialen Strukturen und Ordnungen, die er auf gemeinsame basale archaische Ordnungsmuster zurückführt und schließlich zu einem Modell der traditionellen Gesellschaften des *barbaricums* abstrahiert.

Dieses Modell mag vielleicht angesichts des langen Untersuchungszeitraums etwas statisch ausfallen und auch bezüglich der ihm zugrunde liegenden Materialbasis Anlass für Kritik im Detail bieten. Dennoch ist es erhellend und erfüllt damit seine Funktion, lassen sich doch Prozesse der – auch wechselseitigen – Beeinflussung im Bereich der sozialen und gesellschaftlichen Ordnungen zwischen antik-christlicher Zivilisation und den Völkern und gentilen Ge-

meinschaften des *barbaricums* plastischer herausarbeiten und damit die eingangs diagnostizierte kulturelle

Heterogenität in Europa sowie ihre Ursprünge genauer erklären.

Maike Sach, Kiel

MATTHIAS THUMSER (Hrsg.): Geschichtsschreibung im mittelalterlichen Livland. Berlin, Münster: Lit, 2012. 312 S. = Schriften der Baltischen Historischen Kommission, 18. ISBN: 978-3-643-11496-9.

Inhaltsverzeichnis:

[http://bvbr.bib-](http://bvbr.bib-bvb.de:8991/exlibris/aleph/a21_1/apache_media/UAFNJEQKCN94A3UG5LENNPBL8PUPGT.pdf)

[bvb.de:8991/exlibris/aleph/a21_1/apache_media/UAFNJEQKCN94A3UG5LENNPBL8PUPGT.pdf](http://bvbr.bib-bvb.de:8991/exlibris/aleph/a21_1/apache_media/UAFNJEQKCN94A3UG5LENNPBL8PUPGT.pdf)

Der hier zu besprechende Sammelband geht auf eine Tagung gleichlautenden Titels zurück, die von der Baltischen Historischen Kommission im Mai 2008 veranstaltet wurde. Dass bei einem Werk zur mittelalterlichen Geschichtsschreibung auch eine „evangelische Geschichte Livlands“ (S. 155) Platz findet, darf nicht verwundern, denn in der livländischen Geschichte wird der Epochen Einschnitt zumeist erst mit dem Livländischen Krieg 1558–1582/83 gesetzt. Der Band beinhaltet neben dem einleitenden Vorwort des Herausgebers sechs Beiträge mit Einzeluntersuchungen und einen abschließenden Beitrag mit einer übergreifenden Fragestellung. Fast durchweg nehmen sich die Autoren Geschichtswerken an, die bisher nicht die gesteigerte Aufmerksamkeit der Forschung gefunden haben. Schwerpunkte bilden der Überlieferungskomplex der Geschichtswerke, die Frage nach dem Verfasser sowie die politische Position nebst der Schreibintention desselben. Doppeltes Ziel des Bandes ist es nach Matthias Thumser, „einerseits eine Art von Quellenkunde“ vorzulegen und andererseits „das vielfältige Potential bei der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit mittelalterlicher Geschichtsschreibung offenkundig“ zu machen (S. 8).

ARNO MENTZEL-REUTERS hinterfragt die 1872 von Konstantin Höhlbaum getroffene Vermutung, dass sich aus der Chronik Johann Renners (1525–1583) eine niederdeutsche „jüngere livländische Reimchronik“ erschließen lasse. Diese schrieb Höhlbaum dem Deutschordenspriester Bartholomäus Hoeneke zu. Mentzel-Reuters kommt zu dem Schluss, dass Höhlbaums Forschungsergebnisse nicht belastbar seien und die erschlossene Biographie Hoenekes sowie die Rekonstruktion seines Werkes auf nicht gesicherten, teilweise sogar falschen Annahmen beruhe. Stattdessen stellt er mit einem im Anhang abgedruckten Chronikfragment eine mögli-

che ostmitteldeutsche Vorlage Renners vor.

ANTI SELART wendet sich der livländischen Chronik des Hermann von Wartberge, Kanzleileiter des livländischen Ordensmeisters, zu, die 1378 abrupt abbricht. Der Deutsche Orden habe seinen Führungsanspruch in Livland zwar de facto durchsetzen können, in den Prozessen gegen den Erzbischof von Riga vor der Kurie und den Königshöfen aber sei eine schriftlich fixierte Argumentation notwendig gewesen. Diese liefere die Chronik Wartberges in einer historischen Argumentation. Die Chronik sei zu einer Krisenzeit der Institution, der der Verfasser angehörte, zum Zeitpunkt eines gravierenden Legitimationsdefizits entstanden.

THOMAS BRÜCK behandelt drei Schriften, die sich jeweils aus einer der drei Perspektiven dem Konflikt zwischen Deutschem Orden (Christoph Forstenau), Erzbischof von Riga (Silvester Stodewescher) und Stadt Riga (Herman Helewegh) annehmen. Die drei Verfasser behandelten in ihrem Berichtszeitraum zwar die gleichen Ereignisse, wählten entsprechend ihren Absichten aber jeweils andere Fakten aus. Brück zeigt auf, wie die Chronistik die Interessen der Politik vertrat. So hätten die Chronisten die politischen Zielsetzungen ihrer Auftraggeber schriftlich fixiert, sie gelehrt untermauert und historisch legitimiert.

Die vermutlich von Christian Bomhower 1508 verfasste „schöne Historie“ stellt MATTHIAS THUMSER als eine antirussische Propagandaschrift vor, die im Zuge einer Ablasskampagne zur Finanzierung eines Krieges des Deutschen Ordens gegen das Moskauer Reich verfasst worden sei. Die Schrift weise in ihrer manipulativen Darstellungsweise ein überzeichnetes Feindbild auf. So sei ein in die „schöne Historie“ interpolierter „herzzerreißende[r]“ (146) Brief von in Russland gefangenen deutschen Kaufleuten möglicherweise nicht echt.

KLAUS NEITMANN untersucht Johann Lohmüllers livländische Geschichte vor allem im Hinblick auf Schreibintention und politische Positionierung des Autors. Das Leitthema des Werkes sei ausschließlich die Auseinandersetzung zwischen Deutschem Orden und Erzbischof von Riga, alle anderen livländischen Landesherren und die drei großen Städte seien lediglich in ihren Bezügen zu diesem Konflikt wichtig. Die Entstehung des Werkes hänge mit der Rigaer Koadjutorfehde zusammen, wobei Lohmüller aus seiner evangelischen Gesinnung her-

aus die Seite Erzbischof Wilhelms von Brandenburg eingenommen habe.

In ihrem beachtenswerten Aufsatz nimmt ANTJE THUMSER livländische Amtsträgerreihen in den Blick. Diese Ordensmeister- und Bischofsreihen mit in der Regel – wenn überhaupt vorhanden – nur sehr kurzen Ergänzungen jenseits der Amtsjahre spiegeln dennoch die Ziele Memoria, Faktentradierung und Verkörperung der Institutionengeschichte wider.

VOLKER HONEMANN geht in dem abschließenden Beitrag in einer Art Zusammenfassung unter einer weiterführenden Fragestellung Selbstverständnis und Identitätsvorstellungen der mittelalterlichen Geschichtsschreibung Livlands nach. Zusätzlich zu den im Sammelband behandelten Werken zieht er die „Livländische Reimchronik“ aus dem 13. Jahrhundert heran. In einem Vergleich mit der Geschichtsschreibung verschiedener Territorien des Römischen Reiches zeige sich, dass die livländische Geschichtsschreibung einige Parallelen aufweise, aber auch Spezifika zu beobachten seien. Letztere bestünden beispielsweise in dem Bewusstsein, an den Grenzen der

Christenheit in steter Bedrohung durch einen übermächtigen Feind zu leben. Keiner der livländischen Chronisten blicke über den engen Tellerrand Livlands einmal hinaus; schon Ereignisse in Preußen würden nur punktuell dargestellt.

Insgesamt zeigt sich, dass das Konzept des Sammelbandes aufgegangen ist. Verschiedene mittelalterliche Texte Livlands werden wieder ins Bewusstsein der geschichtswissenschaftlichen Forschung gerückt und trotz unterschiedlicher Fragestellungen im Einzelnen auf ein recht einheitliches Niveau des Erkenntnisstandes gestellt. Der Band ist somit als sinnvolle Ergänzung zum weit verbreiteten Sammelband „Geschichte der deutschbaltischen Geschichtsschreibung“ zu sehen und wird künftig neben diesem als Standardwerk häufig zu Rate gezogen werden. Auf Basis der hier geleisteten Grundlagen sind nun eingehendere Betrachtungen des Gegenstandes unter spezifischeren Fragestellungen auf monographischer Basis wünschenswert.

Dennis Hormuth, Kiel

LAURENȚIU RĂDVAN: At Europe's Borders. Medieval Towns in the Romanian Principalities. Translated by Valentin Cîrdei. Leiden, Boston, MA: Brill, 2010. XXIX, 613 S., 9 Ktn., 1 Abb. = East Central and Eastern Europe in the Middle Ages, 450–1450, 7. ISBN: 978-90-04-18010-9.

Am Schluss dieser umfassenden und beachtenswerten Arbeit stehen die drei Sätze, deretwegen interessierte Leser die Mühe nicht scheuen sollten, sich mit einem wesentlichen Aspekt der komplexen mittelalterlichen rumänischen Geschichte in ihren Anfangsphasen vertraut zu machen – der Stadtgeschichte.

„We hope that this work has contributed to changing [the view] how the Romanian Principalities have been perceived. Despite being on the borders of Europe, the towns and the townspeople here were entirely a part of it. The path followed by urbanization, the town institutions, society at large and its pursuits prove this beyond any doubt.“ (S. 556) Diese Schlussworte richten sich nicht so sehr an die kleine internationale Städteforschungsgemeinschaft, sondern vor allem an die rumänische Historiographie, die seit den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts den Dialog mit und den Anschluss an die europäische Stadtgeschichtsforschung offensichtlich mied, übrigens darin teilweise vergleichbar mit der Situation im benachbarten Polen und Ungarn. Auch wenn die ‚Hoffnung‘ Laurențiu Rădvans wohl noch eine Weile auf ihren breiten Niederschlag in der rumänischspra-

chigen historiographischen Praxis wird warten müssen, ist anzumerken, dass sich der Autor in diesem Buch den qualvollen Spagat zwischen kulturpolitischem „Protochronismus“ (Protochronismus meint in nationalistisch-rumänischer Schweise die Unart, wichtige historische Ereignisse und Tatbestände zugunsten der Rumänen vorzudatieren, ohne dafür eindeutige Quellen benennen zu können; er ist älter als die sozialistische Ära, es wurde davon damals aber besonders unkontrolliert Gebrauch gemacht) und nüchterner wissenschaftlicher Faktendarstellung weitgehend ersparte. Sein Verdienst ist es nämlich, die inzwischen international und ebenso auch national erarbeiteten Forschungsstände zum Thema (siehe die ausführliche bibliographische Liste hierzu, in der deutsch- und rumänischsprachige Titel auffallen, magyarische allerdings weitgehend fehlen, sofern sie nicht in anderen Sprachen veröffentlicht wurden; erstaunlicherweise werden diese nationalen Forschungsstände im Werk selbst kaum jemals zitiert) systematisiert, gelegentlich mit eigenen Folgerungen versehen und in einen (südost)europäischen Gesamtkontext eingeordnet zu haben. – ohne dabei die Arbeiten aus rumänischer Feder und die zahlreichen Kontroversen zu übersehen.

Der Verfasser kommt von der A.-I.-Cuza-Universität zu Jassy/Iași und ist Mitglied der vor wenigen Jahren von Paul Niedermaier (Sozialgeschichtliches Forschungszentrum Hermannstadt/Sibiu) ins Leben gerufenen Stadtgeschichtskommission Rumäniens,

der ersten übrigens im südöstlichen Europa. Diese Kommission gibt seit 2005 in loser Folge Städteatlanten (rumänisch- und deutschsprachig, mit topographischen, kulturhistorischen und archäologischen Daten, Zeittafeln, Skizzen, Bibliographie) heraus, die den neuesten Forschungsstand bündeln. Sie sind bereits zu einem unverzichtbaren Arbeitsinstrument geworden, darunter je ein Atlasband (DIN A3 Format) zu Suceava (2005), Târgoviște (2006), Câmpulung (2008), Siret (2010). (Atlas istoric al orașelor din România/Städtegeschichteatlas Rumäniens. București, in drei Reihen: A. Transilvania/Siebenbürgen, B. Țara Românească/Walachei, C. Moldova/Moldau.) Rădvan ist auch wissenschaftlicher Ko-Referent des Atlasprojekts der Kommission.

„At Europe's Borders“ umspannt den Zeitraum vom Ende des 13. bis zum ausgehenden 15. Jh., also die Frühgeschichte der beiden rumänischen Fürstentümer. Es gliedert sich in drei große Kapitel: „Medieval Towns in Central and Eastern Europe“, „Towns in Wallachia“, „Towns in Moldavia“. Zu jedem der drei Kapitel gibt es Fallstudien, so u. a. in Kap. 1 zu Breslau, Krakau; Buda, Pest, Szeged; Zagreb und – recht pauschal – den slowakischen Bergstädten und den siebenbürgisch-sächsischen Städten nach „Deutschem Recht“ (dazu Dirk Moldt: Deutsche Stadtrechte [siehe die Rezension in dieser Zeitschrift]). Es kann als geschickter Kunstgriff gegenüber den einheimischen Vorbehalten zu Rădvans Themenbehandlung gelten, dass die städtische Siedlungsgeschichte der rumänischen Spätankömmlinge unter Europas Staaten (S. 115 f.) hier in den Kontext der westlichen, östlichen und südlichen Nachbarländer Ungarn, Polen, Kiewer Rus', Bulgarien und Serbien eingebettet und mit diesen parallelisiert wird. Doch das Buch Rădvans ist nicht polemisch angelegt.

Erörterungen der Topographie und Toponymik wie in Kap. 1 fehlen leider in Kap. 2 und 3. Dafür wird dort in je einem Unterkapitel „Background“ die Staatsbildungsgeschichte in den beiden Fürstentümern – nicht ohne die bekannten Brüche und offenen Fragen – durchgezogen, um dann zur Hauptsache, „The Emergence of Towns“, zu kommen.

Einführend wird die altbekannte Frage gestellt, „How do we define a town?“ (S. 1), und die äußerst dünne Quellenlage (an Urkunden, aber auch fehlenden bzw. unsystematisch erarbeiteten archäologischen Befunden) festgestellt. An einer Idealdefinition von Stadt als „a community of free, privileged citizens for whom trade and the manufactur[ing] of common or luxury items were a way of life“ (S. 1) die Marktflecken und Städte der Walachei und Moldau im 13./15. Jh. vergleichend zu messen, ist oft

nicht möglich. Eindeutige stadtrechtliche Urkunden (Stadtrechte) sind nicht überliefert, aber aus Hinweisen zu städtischen Institutionen und Erzählquellen des 16./17. Jh.s folgert der Autor auf deren zumindest teilweises Vorhandensein. Auch die Rolle des Landesfürsten als Initiator, der (wie andernorts in den Nachbargebieten) Kolonisten zur Förderung des Handels und wohl auch zur Städtegründung ‚gerufen‘ habe, wird immer wieder betont, auch wenn dies nur selten eindeutig zu belegen ist. Das „Deutsche Recht“ habe in den rumänischen Fürstentümern zumindest partiell Geltung genossen. Die Argumentation folgt in den beiden Kapiteln 2 und 3 einleitend anhand von Beschreibungen des Territoriums, der sozialen wie ethnischen Verhältnisse und des Wirtschaftsaufkommens in eigenen Unterkapiteln und ausführlichen Fallstudien.

Die Städtegeschichte der Walachei war bereits das Thema der Dissertation von L. Rădvan. Wahrscheinlich ist es recht wenig verändert in das vorliegende Buch eingegangen. Denn in dem entsprechenden 2. Kapitel fällt eine immer wieder nur sehr zögerliche Loslösung von althergebrachten historiographischen Standards auf, vergleicht man es mit dem anschließenden, neu geschriebenen Moldau-Kapitel. Letzteres kann sich auch auf einen besseren Quellen- und Forschungsstand stützen (Spinei, Gorovei u.a.).

Abschließend seien nur einige problematisch erscheinende Aspekte herausgegriffen – zunächst die Terminologie: Der angelsächsische Begriff *urbanisation* (auch dt. für das 19. Jh., die Modernisierungsgeschichte) erscheint wenig passend für das 13.–15. Jh., als – laut dem Verfasser – im 14. Jh. allmählich in den rumänischen Fürstentümern, wie auch in den Nachbargebieten, aus *pre-urban* so genannte *urban settlements* entstanden seien (S. 5, 115 f.), die „towns“ (*oppida – t'rg – varos/oraș*). Ausgegangen wird sowohl von den Bezeichnungen städtischer Siedlungen als auch von lateinischen Schriftquellen. Die topographischen Belege fehlen bis auf vier summarische Kartenskizzen für Câmpulung, Cetatea Albă, Kilia und Iași.

Mangels zeitnaher Quellen wird oft *ex post* argumentiert, z.B. nach Orts- und Bestandsbeschreibungen der katholischen Missionare aus dem 17. Jh., wie Marco Bandini, Luca Deodati u. a.

Der Fürstenhof als *power center* des Handels und Wandels im 14./15. Jh. (S. 134, 142) angesichts des Vorhandenseins urbaner Marktstädte der Kolonisten (*hospites*) wie Câmpulung, Suceava oder Târgoviște erscheint wenig plausibel, dies bleibt eher Theorie als mit Quellen belegbar.

„Graew“ (im Glossar, 557) ist eine engl. Erfin-

dung für Gräf/grev. Wenn Hussiten als „Magyaren“ und Csangonen als Rumänen bezeichnet werden, sind das Versatzstücke aus der nationalen Historiographie (230, 351).

Einiges hat wohl das Lektorat übersehen, z.B. die durchwegs uneinheitliche Schreibung der Ortsnamen, „old German“ (S. 11) gab es im Mittelalter nicht; statt „Hospitaller“ soll es für das Jahr 1211 „Teutonic Knights“ (S. 552) heißen. Die englische Übersetzung ist erfreulich ordentlich.

Sehr lesenswert sind die „Conclusions“ (S. 551–556), in denen tatsächlich durchwegs wissenschaft-

lich argumentierte Stadtgeschichte für die Frühzeit der rumänischen Fürstentümer kompakt und übersichtlich zusammengefasst aufscheint. Diese Schlussfolgerungen widersprechen klar und deutlich den noch des Öfteren an überholten Hypothesen orientierten Darstellungen auf manchen Seiten des Werkes, vor allem in Kapitel 2 zur Walachei.

Ein Glossar, eine sehr ausführliche Bibliographie auf 32 S. und ein Register ergänzen das Pionierwerk Larențiu Rădvans.

Krista Zach, München

FRANZISKA TORMA: Turkestan-Expeditionen. Zur Kulturgeschichte deutscher Forschungsreisen nach Mittelasien (1890–1930). Bielefeld: transcript, 2011. 282 S., Abb., Ktn. = 1800/2000. Kulturgeschichte der Moderne, 5. ISBN: 978-3-8376-1449-7.

This fascinating account of German expeditions into Turkestan at the “long turn” of the nineteenth-twentieth centuries is rich and incisive. Because it is more about Germany than about Central Asia, the readers of this journal may not find it particularly interesting. Nevertheless, Franziska Torma highlights the singular importance of Turkestan in German cultural and intellectual history before the age of National Socialism.

Turkestan, a geographical name which fell into disuse in the 1920s, fascinated the Europeans in the age of empire. This was particularly the case in Germany. Germany came late to colonialism, had only a few overseas colonies (and certainly fewer than Britain, France, and other European colonial powers), and, unlike Russia and the Habsburgs, had none on the Eurasian continent. To a certain extent this circumstance gave Germany a sense of the world somewhat different from that of the major European colonial powers. In a word, the age of post-colonialism reached Germany sooner than it did others. Even though this new idea was not free from German imperial conceptions, it presaged the age of post WWII de-colonization. German scholars and the public whom they influenced did not take German African colonial possessions as something that could complement Germany. “Bidding farewell” to Africa, they saw in Asiatic Russia, rich in land and mineral resources, the future of a prosperous Germany (pp. 172–174). This bet on Asia (more specifically Turkestan) was combined with romantic notions about it, which in turn were a reflection of their own understanding of European identities.

Following the work of scholars like Suzanne Marchand on German Orientalism, Torma shows that unlike the Orientalism of Britain, France and the United States, treated by Edward Said, the German version was not overly burdened by a binary distinction between “West” and “East”. Instead of a European epistemological and ontological superiority over Asia (which in turn reflected unequal power relations), Torma sees German Orientalism questioning the superiority and self-assurance of Europeans through the study of old, Asiatic high culture. Instead of a backward, inferior land, German Orientalists saw in Turkestan their own ancient, vanquished past. Instead of a distinct Europe, they saw a long history of mutual interaction and interconnection between West and East. Turkestan was not so much an Asiatic backwater as the genesis of Europe and the preserve of the long lost life of Europeans. True, this romantically imagined and historicized conception of Turkestan was not free of European paternalistic condescension or German imperial ambitions. Yet it was at least ambivalent about whether to view the Orient as Europe’s “genesis”, or as Europe’s “Other”. Certainly it was a far cry from the Nazi racist conception of the East (although the Nazis sought to utilize the Central Asian Muslims against Moscow during WWII).

Instead of focusing on famous adventures such as Sven Hedin (a Swede) and Wilhelm Filchner, Torma details engagingly the travels and the writings of now forgotten German travelers to Turkestan – scholars like Willi Gustav Rickmer Rickmers, Paul Rohrbach, and Rudolf Amis. As experts, many of them ended up working for the Nazi government. Still their views and the views widely accepted in Wilhelmine Germany and Weimar Germany were not absorbed into Nazism, Rather they contained elements of anti-colonialism and began to resurface in the form of German support of a post-colonial world after WWII. Torma attributes the peculiarity

of German Orientalism to a fundamental shift in the world order that was taking place precisely at this time: the slow birth of post-colonialism. As a late-comer to colonialism, Germany was receptive to the perceived beginning of post-colonialism. In this particular realm at least, the Weimar Republic had powerful alternatives to Nazi racism.

Torma ends her discussion with the German-Soviet joint expedition to the Pamir-Alai in 1928, after which Germans were no longer invited. She tends to accept at face value the apparent German-Soviet friendship in the post-Rapallo years when the two

countries even secretly engaged in military cooperation. She consulted neither archival sources in the former Soviet Union nor published materials in Russian or Asian languages. Had she consulted them, she would have noticed that even then Moscow treated the visiting German scholars and travelers with extreme suspicion. She does discuss Germany's effort to organize a spy network in Central Asia during WWI (pp. 136–138), which contributed to Moscow's distrust of Germany even after Germany's defeat in the war.

Hiroaki Kuromiya, Bloomington, IN

INGRID STÖHR: Zweisprachigkeit in Böhmen. Deutsche Volksschulen und Gymnasien im Prag der Kafka-Zeit. Köln, Weimar, Wien: Böhlau, 2010. 497 S., Tab. = Bausteine zur Slavischen Philologie und Kulturgeschichte. Reihe A: Slavistische Forschungen, 70. ISBN: 978-3-412-20566-9.

In den letzten zwanzig Jahren wird der Geschichte der Zweisprachigkeit in den böhmischen Ländern des 19. und frühen 20. Jahrhunderts sowohl von der sozio-linguistischen als auch von der historischen Forschung zunehmend Aufmerksamkeit geschenkt. Im Zentrum dieser Forschungen stehen zum einen die Dynamik der österreichischen Nationalitäten- und Sprachenpolitik und ihre Auswirkungen auf das Schulwesen in den letzten Jahrzehnten der Habsburgermonarchie, zum anderen die Kompetenz und der Umgang mit Zwei- und Mehrsprachigkeit einzelner Personen, hier vor allem Franz Kafkas und seiner Familie. In der vorliegenden Studie Ingrid Stöhr, die als Dissertation aus einem von Marek Nekula geleiteten Regensburger Forschungsprojekt „Sprache und Identität. Franz Kafka im mitteleuropäischen sprachlichen und kulturellen Kontext“ hervorgegangen ist, kommen beide Forschungsstränge zusammen. Stöhr geht der Frage nach, wie sich das Sprachverhalten der Prager Bevölkerung am Ende des 19. Jahrhunderts infolge der österreichischen Sprachenpolitik, der zunehmenden Nationalisierung und des sozio-strukturellen Wandels der städtischen Gesellschaft veränderte. Sie untersucht daher das „Sprachverhalten“ der Schülerinnen und Schüler an ausgewählten deutsch- und teilweise auch tschechischsprachigen Volks- und Mittelschulen in Prag, die sich „in einer sich zunehmend sprachnational spaltenden Gesellschaft [...] für Bilingualität entscheiden bzw. bereits auf eine gewisse, ungesteuert erworbene Bilingualität zurückgreifen können und bereit sind, diese im Rahmen der Schule – gesteuert – auszubauen“ (S. 78–79).

Zunächst setzt sich die Autorin in einem über siebenzig Seiten umfassenden Kapitel mit den zentralen Begriffen ihrer Studie – Sprachnationalismus (einschließlich Ideologie, Identität, Ethnizität/Nationalität) und Bilingualismus – auseinander und erläutert diese jeweils vor dem böhmischen bzw. Prager Hintergrund. Aus der Sicht einer Historikerin sind hier vor allem Stöhrs Ausführungen zum Bilingualismus als einer Form von Mehrsprachigkeit aufschlussreich. In Anlehnung an die bisherige Forschung unterscheidet sie zwischen individuellem und kollektivem Bilingualismus. Sie verweist hierbei vor allem darauf, dass beim individuellen Bilingualismus (auch als Bilingualität bezeichnet) die Fertigkeiten und Anwendungsbereiche in beiden Sprachen stark variieren und nur selten auf demselben Niveau sind. Beim kollektiven Bilingualismus hingegen müssen nicht alle Mitglieder einer Gesellschaft beide Sprachen beherrschen. Vielmehr ist hier allein die Tatsache entscheidend, dass innerhalb eines Territoriums zwei Sprachen in Kontakt stehen. Im Böhmen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts herrschte Stöhr zufolge immer noch eine funktionelle, kollektive Mehrsprachigkeit, eine Diglossie vor, die im Wandel begriffen war: Das Tschechische als „beherrschte“, alltagsbezogene Sprache verdrängte allmählich das Deutsche, die ehemals „dominante“, mit höherem sozialen Prestige verbundene Sprache.

Im dritten Kapitel skizziert Stöhr die soziostrukturellen Rahmenbedingungen dieses nicht linear verlaufenden Prozesses in Böhmen und insbesondere in Prag. Neben der Rekonstruktion der diversen Bevölkerungs- und Sprachenstatistiken vergleicht sie die Statusfaktoren des Deutschen und Tschechischen in Gesetzgebung, Verwaltung und Wirtschaft. Während auf der Landesebene das Deutsche die dominante Sprache in den genannten Bereichen blieb, vollzog sich in Prag bereits seit den Kommunalwahlen von 1861 ein radikaler Verdrängungsprozess zugunsten der tschechischen Sprache. Im vierten Kapitel nähert

sich Stöhr ihrem eigentlichen Untersuchungsgegenstand an und diskutiert die doppelte Funktion des Schulwesens als „Instrument sprachnationaler Lenkung“ und „Spiegel des ‚Sprachverhaltens‘“. Sie deutet hier bereits eines ihrer zentralen Ergebnisse an, dass trotz der sinkenden Attraktivität des deutschsprachigen Schulwesens in Prag eine Minderheit tschechischer Muttersprachler weiterhin das Deutsche als Unterrichtssprache wählte. Dies bedeutete auch, dass die Entscheidung für das Tschechische oder das Deutsche als Unterrichtssprache trotz wachsenden Drucks in der nationalisierten Gesellschaft freiwillig war. (S. 248)

Im fünften Kapitel untersucht die Stöhr schließlich die Verbreitung des individuellen Bilingualismus in Prag um 1900. Sie wertet die Schulkataloge im Hinblick auf die darin enthaltenen persönlichen Angaben zu Muttersprache(n), Zweitsprache, Schulleistungen im Sprachunterricht, Konfession und sozialer Herkunft der Schüler und Schülerinnen aus. Bei der Auswahl der Schulen orientiert sich die Autorin an der Schulbiographie Franz Kafkas. Neben den deutschsprachigen Schulen, die Franz Kafka, seine Schwestern und seine späteren deutsch-jüdischen Schriftstellerkollegen besuchten, nimmt sie zugleich auch tschechischsprachige Bildungsinstitutionen in deren unmittelbarer Umgebung in den Blick. Für die letzteren stellt sie fest, dass die Vertreter der tschechisch-deutschen Zweisprachigkeit, deren Zahl kontinuierlich abnahm, vor allem aus einem traditionell geprägten, kleinbürgerlichen Umfeld kamen, insbesondere aus katholischen Handwerks- und jüdischen Handels- und Kaufmannsfamilien. Wenngleich die an den deutschen Schulen repräsentierte deutsch-tschechische Bilingualität ebenfalls in beiden konfessionellen Gruppen auftrat, war sie in erster Linie für jüdische Pragerinnen und Prager charakteristisch. Sie wurden wie Franz Kafka in Prag oder in der tschechischsprachigen Provinz geboren und stammten überwiegend aus der Mittelschicht. An den deutschen Bildungseinrichtungen im Prag der Jahrhundertwende verzeichnet Stöhr zwar eine erhöhte Bereitschaft, die tschechische Sprache zu erlernen, gleichwohl betont sie, dass dadurch nicht automa-

tisch ein potentieller Bilingualismus erreicht wurde. Dies trifft jedoch nicht auf Franz Kafka zu, einen Repräsentanten des „deutsch-tschechischen bilingualen Pragers“ *par excellence*, dem die Autorin das letzte Kapitel widmet. Seine überdurchschnittlichen Schulleistungen im Tschechischunterricht an der Volksschule weisen daraufhin, dass Kafka über sehr gute vorschulische Tschechisch-Kenntnisse verfügte. Zwar wählten seine Eltern eine deutschsprachige Volksschule, sie legten aber offensichtlich Wert auf die Festigung der in der Alltagskommunikation mit Angestellten und Kunden ebenso üblichen tschechischen Sprache. Auch am deutschen Staatsgymnasium in der Prager Altstadt wurde deutlich, dass Kafkas zweisprachige Kenntnisse eher eine Ausnahmeerscheinung darstellten. Als einer von nur drei Schülern seiner Klasse nahm er alle acht Schuljahre am Tschechisch-Unterricht teil und erzielte hier konstant gute bis sehr gute Leistungen. Kafkas Bilingualismus charakterisiert Stöhr abschließend als asymmetrisch – Deutsch war die dominantere Sprache – sowie als früh und gesteuert erworben. Er erlernte das Tschechische als zweite Sprache schon im Kindesalter und konnte seine Zweisprachigkeit durch den Schulunterricht festigen. Zudem handelte es sich um einen endogenen Bilingualismus, da in seinem sozialen Umfeld beide Sprachen präsent waren.

Stöhr legt mit ihrer Untersuchung eine solide gearbeitete Detailstudie zur Geschichte der Zweisprachigkeit in den böhmischen Ländern, und insbesondere im Prag des 19. und frühen 20. Jahrhunderts vor. Gleichwohl schränken die unausgewogene Proportion zwischen thematischer und theoretisch-methodischer Herleitung und eigentlicher Untersuchung, die starke Untergliederung des Textes, häufige Redundanzen sowie die Darstellung des Vergangenen im Präsens das Lesevergnügen des Buches ein. Nichtsdestotrotz liefert Stöhr einen weiteren Baustein zu einer – noch ungeschriebenen – umfassenden Sozial- und Kulturgeschichte der Zweisprachigkeit in den böhmischen Ländern im Zeitalter des modernen Nationalismus.

Ines Koeltzsch, Prag

DENNIS HORMUTH: *Livonia est omnis divisa in partes tres. Studien zum mental mapping der livländischen Chronistik in der Frühen Neuzeit (1558–1721)*. Stuttgart: Steiner, 2012. 248 S., Tab. = Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa, 79. ISBN: 978-3-515-10097-7.

Aus den unterschiedlichsten Gründen wurden im frühneuzeitlichen Livland Vertreter der intellektuellen geistlichen und politischen Elite historiographisch tätig, doch so verschiedenartig die Intentionen und Ausrichtungen der chronikalischen Werke auch sind, ist ihnen gleichwohl eines gemeinsam: Sie zeugen von den subjektiven Vorstellungen ihrer Autoren von der historischen Region Livland. Acht dieser Chroniken zieht Dennis Hormuth in seiner am Kieler Lehrstuhl für osteuropäische Geschichte entstandenen Dissertation heran, um zu ergründen, worauf das *mental mapping* der frühneuzeitlichen livländischen Chronisten aufbaut, und wählt mithin einen diskursanalytischen Ansatz, der in der osteuropäischen Geschichtswissenschaft nun schon seit längerem Konjunktur hat. Während dort bislang meist Entwürfe und Konzepte von Räumen in ihrer Konstruiertheit von außen erforscht wurden, beschreitet Hormuth einen neuen Weg, wenn er der Frage nachgeht, auf welche Weise die livländischen Chronisten einen Raum als ihren eigenen „identifikatorischen Bezugsraum markieren“ (S. 23), wobei ihm durchaus bewusst ist, dass die Chroniken immer nur einen „Ausschnitt aus dem Set der raumbezogenen Identitäten“ ihrer Verfasser wiedergeben (S. 24). Den Untersuchungszeitraum spannt er mit seiner Quellenauswahl über 150 Jahre vom Ausbruch des Livländischen Kriegs 1558 bis zum Ende des Großen Nordischen Krieges 1721 und begründet dies einleuchtend mit dem Vorteil der eher gleichförmigen Quellenbasis, die sich qualitativ wie quantitativ grundlegend von der ab der Mitte des 18. Jahrhunderts in Livland aufkommenden Aufklärungspublizistik unterscheidet. Zudem erachtet er die ausgewählte Periode zu Recht als besonders reizvoll, weil Livland in dieser Zeit immer wieder Herrschaftswechseln unterworfen war, was sich zwangsläufig auf das Selbstverständnis der Chronisten auswirkte.

Die Arbeit Hormuths ist völlig stringent aufgebaut. In einem ersten theoretisch-methodologischen Kapitel liefert er eine kurze Einführung in den Untersuchungsgegenstand, definiert den für seine Überlegungen grundlegenden Terminus der Identitätsregionen, erläutert die analytische Methode des *mental mapping*, begründet die Quellenauswahl und sichtet die Forschungsliteratur. In einem zweiten Kapitel

vermittelt er den historischen Kontext vom Mittelalter bis hin zur polnisch-schwedischen Zeit, beschreibt die politische und gesellschaftliche Struktur Livlands in der Frühen Neuzeit und informiert über Religion und Geistesleben. Im folgenden großen Analysekapitel bearbeitet Hormuth dann die historiographischen Werke in chronologischer Reihenfolge. Um eine genuin livländische Sichtweise bei möglichst positiver Selbstdarstellung zu erhalten, sind in seinen Kanon ausschließlich Chroniken von Verfassern aufgenommen, die entweder in Livland geboren waren, wie Balthasar Rüssow, Gustav von Lode und Otto Fabian von Wrangell, oder sich, was für Salomon Henning, Moritz Brandis, Franz Nyenstede, Dionysius Fabricius, Thomas Hiärn, Christian Kelch gilt, als Einwanderer zumindest dauerhaft dort niedergelassen hatten und somit ebenfalls als Vertreter einer livländischen Selbstverortung gelten können. Denn es sind vor allem diese Selbstverortungen der Autoren, die Hormuth auf vier „identifikatorischen Bezugsebenen“ ergründen will. Für seine Analysen bedient er sich, dem komparatistischen Ansatz geschuldet, eines immer gleichen Rasters. Nach einer knappen Einführung in Autor und Werk – wobei gelegentlich etwas mehr Informationen zur Anlage und vor allem zur Quellenbasis der Chroniken wünschenswert gewesen wären, um in Abgrenzung von der historiographischen Tradition in Livland die Eigenleistung und damit auch die subjektiven Vorstellungen der Chronisten deutlicher herauszustellen – werden nacheinander auf vier Maßstabsebenen die möglichen Selbstverortungen der Chronisten abgehandelt. Die lokale Maßstabsebene betrifft die Selbstverortung im Rahmen einer Stadt, eines Dorfes oder Gutes. Auf der kleinregionalen Maßstabsebene finden sich die Selbstverortungen, die ganz Livland oder seine Teilgebiete betreffen. Die Maßstabsebene der großregionalen Selbstverortungen geht in ihrer Ausdehnung über das livländische Gebiet hinaus und umfasst auch religiöse und konfessionelle Selbst- und Fremdzuschreibungen, da diese immer auf einen großregionalen Raum bezogen werden könnten. Auf der vierten Maßstabsebene wird die politische Selbstverortung im Rahmen einer *composite monarchy* untersucht. Anschließend werden die Ergebnisse in aller Kürze zur *mental map* des jeweiligen Autors verdichtet. Da Hormuths Analysen insgesamt recht knapp ausfallen – den Chroniken werden durchschnittlich fünfzehn Seiten zugemessen, die Chronik des Moritz Brandis wird auf nur acht, die des Dionysius Fabricius auf gerade einmal sechs Seiten abgehandelt –, stellt sich allerdings die Frage, ob die Werke tatsächlich immer angemessen gewürdigt wurden.

Auf den analytischen Teil der Arbeit folgt ein achtseitiger Exkurs zu den Landesbeschreibungen und der Raumwahrnehmung der Chronisten. Dass die Landesbeschreibungen in der Analyse ausgespart wurden, begründet Hormuth unter anderem mit der mangelnden Relevanz des Themas für die Chronisten. Aber sind die an exponierter Stelle, ganz am Anfang der jeweiligen Werke stehenden Landesbeschreibungen für die Chronisten wirklich so belanglos? Immerhin gesteht ihnen auch Hormuth eine gewisse Aussagekraft für die Vorstellungen der Autoren über Livland zu (S. 173).

Die Arbeit schließt mit einer fünfundzwanzigseitigen Synthese, in der Hormuth, wiederum unter Berücksichtigung der vier Maßstabebenen und noch um einige zusätzliche Erkenntnisse erweitert, die *mental maps* der einzelnen Chronisten zu einer kollektiven *mental map* der livländischen Chronistik im Untersuchungszeitraum vereint. Demnach lässt sich nur bei einigen Autoren ein Schwerpunkt der Selbstverortung auf der lokalen Maßstabebene nachweisen, dagegen Livland bei allen Autoren auf der kleinregionalen Maßstabebene als bestimmende Identitätsregion ausmachen. Auf der großregionalen Maßstab-

ebene betrachtet, würden Selbst- und Livlandverortungen weit über die Landesgrenzen hinaus in mehreren größeren Identitätsregionen – Hormuth nennt hier unter anderem den Norden, den Ostseeraum, Europa, das Christentum – vorgenommen. Insofern kommt Hormuth zu dem Schluss, dass die Einbindung in politische, kulturelle, religiöse, wirtschaftliche und natürliche Räume Livland Eigenschaften zuwiesen habe, die es in ihrer Kombination erst als Livland identifizierbar gemacht hätten (S. 218). Auf der politischen Maßstabebene lasse sich bei allen Chronisten die Selbstverortung bei dem jeweiligen politischen Oberherrn der *composite monarchy* nachweisen; sie alle stellten sich selbst als loyale und treue Untertanen des Landesherrn dar und deuteten die Ereignisse in und um Livland aus dessen Blickwinkel.

In der klar strukturierten, gut lesbaren und durchaus selbstbewusst geschriebenen Monographie wird ein hochinteressanter Textkanon mit einem methodischen Ansatz untersucht, der gut geeignet ist, die Quellen zum Sprechen zu bringen, dabei aber den Texten nicht immer ganz gerecht wird.

Antje Thumser, Berlin

PLAMEN MITEV / IVAN PARVEV / MARIA BARAMOVA / VANIA RACHEVA (eds.): Empires and Peninsulas. Southeastern Europe between Karlowitz and the Peace of Adrianople, 1699–1829. Berlin: Lit, 2010, 279 S., Tab., Kte., Abb. = Geschichte: Forschung und Wissenschaft, 36. ISBN: 978-3-643-10611-7.

Inhaltsverzeichnis:

http://bvbr.bib-bvb.de:8991/exlibris/aleph/a21_1/apache_media/4AR8R6VGVA4SQU86428QR67TYM7R3D.pdf

Im Jahr 2009 jährten sich zum 310. Male der Vertrag von Karlowitz (1699) und zum 180. Male der Friede von Adrianopel (1829). Diese beiden Jahrestage nahmen die Herausgeberinnen und Herausgeber des zu besprechenden Bandes zum Anlass, an der Universität in Sofia eine internationale Konferenz über die Zeitspanne zwischen diesen beiden Friedensverträgen und mit geographischer Konzentration auf (ein erweitertes) Südosteuropa zu organisieren. Es war dies eine Periode, in der auf gesamteuropäischer, zentralstaatlich-osmanischer und osmanisch-südosteuropäischer Ebene zahlreiche Weichen für die im „langen“ 19. Jahrhundert rasch voranschreitende „Verwandlung der Welt“ (Jürgen Osterhammel) gestellt wurden. Daher erstaunt umso mehr, dass sich

die Historiographie zum osmanischen, habsburgischen (und venezianischen) Südosteuropa des 18. und 19. Jahrhunderts nach wie vor hauptsächlich nationalen bzw. nationalstaatlichen Akteuren verpflichtet fühlt.

Das vorliegende Buch versammelt auf 280 Seiten insgesamt 28 Beiträge, wobei dem Anspruch nach Pfade traditioneller nationaler Sicht- und Denkweisen zumindest um wesentliche Aspekte erweitert oder zugunsten origineller Inhalte gänzlich verlassen werden. In dieser Hinsicht gibt die von CHARLES INGRAO und YASIR YILMAZ verfasste Einleitung (S. 5–17) auch gleich die dem Bandtitel verpflichtete Richtung vor: In Südosteuropa und der Schwarzmeerregion, wo die Ansprüche dreier Herrschaftsreiche physisch zusammenstießen und mit Großbritannien, Frankreich und dem Russischen Reich mindestens drei weitere Staaten bzw. Imperien wirtschaftliche und politische Interessen zu wahren suchten, gehören globale Perspektiven unbedingt zu einer zeitgemäßen Historiographie. Im anregenden Beitrag von JOVAN PEŠALJ (S. 29–42) wird die Wechselwirkung zwischen Großmachtpolitik einerseits und lokalen/regionalen Konflikten andererseits anschaulich illustriert. Auch im sehr gelungenen, auf Archivquellen basierenden Text von BORO BRONZA (S. 51–62) kommt zum Ausdruck, wie stark höfisch-dynastische Befindlichkeiten, persönliche Interessen

der Herrscher und deren Einschätzung der geopolitischen Situation („balance of power“) über Krieg und Frieden entschieden. WILL SMILEY (S. 63–71) deckt die gesamte Zeitspanne des Konferenzbandes ab, weshalb seine Ausführungen bewusst deskriptiv bleiben, dennoch aber die wichtigsten Entwicklungen im Kriegsgefangenen austausch zwischen dem Habsburgerreich und dem osmanischen Staat darzulegen vermögen. Durchaus interessant lesen sich die Ausführungen von GIACOMO BRUCCIANI (S. 85–94). Er wirft die mit Sicherheit noch nicht befriedigend beantwortete Frage auf, in welchem Ausmaß die orthodoxen Kirchen in Südosteuropa nicht nur zur Konservierung des religiösen Gegensatzes zwischen Christen und Muslimen beigetragen, sondern auch die sprachlich-ethnisch begründete Herausbildung eines nationalen Bewusstseins im Laufe des 19. Jahrhunderts befördert haben. Einen informativen Überblick zur Entwicklung der orthodoxen Kirchen im osmanischen Südosteuropa – der mit einiger Berechtigung dem Text von Brucciani hätte vorangestellt werden können – liefert ELEONORA NAXIDOU (S. 149–161). Mit der gebotenen kritischen Distanz zu ihrem Untersuchungsobjekt analysiert die Mitherausgeberin MARIA BARAMOVA durch Johann Heinrich Zedlers Augen in vorbildlicher Weise, wie im 18. Jahrhundert Wissen über die Welt gesammelt und Bilder von der Welt gezeichnet wurden (S. 95–105). Auch die Beiträge von SERGEY MURTUZALIEV (S. 73–84), PLAMEN MITEV (S. 107–114), NADIA MANOLOVA-NIKOLOVA (S. 115–123), MILOŠ ĐORĐEVIĆ (S. 125–130) und SNEŽANA VUKODINOVIĆ (S. 131–135) sind apperzeptiv und diskursiv ausgerichtet: Aus russischer, französischer, spanischer und serbischer Perspektive werden darin ausgewählte Aspekte des osmanisch-russisch-südosteuropäischen Spannungsverhältnisses beleuchtet. Der kursorische Artikel von HARALD HEPPNER (S. 137–141) wirft zum Schluss die gleichermaßen umstrittenen wie spannenden Fragen auf, inwieweit im 18. Jahrhundert auch im Osmanischen Reich Transformationsprozesse stattfanden und in welchen Bereichen diese Modernisierung hinter jener in „Westeuropa“ zurückblieb. Antworten darauf werden im souveränen Text von MARLENE KURZ (S. 163–170) geboten. Zu Recht plädiert sie dafür, flexiblere, empirisch besser abgesicherte und weniger teleologische Konzepte anzuwenden (S. 164), wenn es um die Beurteilung von „Modernität“ von nicht-westlichen Staaten und Gesellschaften geht. Im Einklang beispielsweise mit dem in New York lehrenden Osmanisten Rifa‘at ‘Ali Abou-El-Haj betont Kurz, dass Anstöße zum sozialen und

kulturellen Wandel oft auch von innerhalb des Osmanischen Reiches ausgegangen seien („orthogonische Faktoren“). Schon fast erschreckend nationalistisch verseucht und offenbar immun gegen nicht einmal mehr so neue Interpretationslinien mutet der Beitrag von SUZANA RAJIĆ (S. 143–148) an. Den „Revolutionären“ im Belgrader *pashalik* im Jahr 1804 die Absicht anzudichten, sie hätten eine *civil society* schaffen wollen, ist an Absurdität kaum mehr zu überbieten. Wohl auch als notwendiges Korrektiv zum Text von Rajić gedacht, zeichnen die Ausführungen von NEDELJKO RADOSAVLJEVIĆ (S. 171–178) ein adäquateres Bild von den Aufständischen im späteren Serbien und der Schaffung eines neuen serbischen Staates. Die Beiträge von ELPIDA VOGLI (S. 191–201) über den griechischen Unabhängigkeitskrieg und von MANOS PERAKIS über dessen Auswirkungen auf Kreta (S. 179–190) gehören zu den Höhepunkten des Bandes: Mit viel Reflexionsvermögen und semantischer Sensibilität analysieren Vogli und Perakis in wohlthuend „entnationalisierter“ Weise, dafür unter Berücksichtigung der europäischen Mächtekonstellation, jene militärischen und politischen Erschütterungen, die auf der Peloponnes zur Gründung eines unabhängigen griechischen Staates führten, auf Kreta hingegen mittelfristig die Herrschaftsbeziehungen zwischen Muslimen und Christen nachhaltig (und zu Gunsten letzterer) veränderten. Im Zentrum der lesenswerten Texte von DZHENI IVANOVA (S. 217–229) und MARIA SHUSHARAOVA (S. 231–242) stehen die habsburgisch-osmanischen Kriege am Ende des 17. respektive zu Beginn des 18. Jahrhunderts. Der Artikel von IFIGENIJA DRAGANIĆ (S. 257–263) über die Verwendung des Griechischen und des Serbischen im 18. Jahrhundert fördert einzig dann Erstaunliches zu Tage, wenn man wie die Autorin anachronistischerweise in sehr engen nationalen Kategorien denkt. Der Beitrag von DIMITRIS MICHALOPOULOS (S. 265–269) über die Visionen des Agathangelus einerseits und die Felduntersuchungen von ELKA DROSNEVA / MARIA KIROVA (S. 271–277) zu Kriegen und Migrationen von 1828 bis 2009 andererseits bilden einen etwas unwürdigen Abschluss des Buches. Ersterer fügt sich nur schwerlich in das Generalthema des Bandes ein und beim letzteren stellt sich die Frage, welche empirische Aussagekraft Erinnerungen von „Zeitzeugen“ haben, die über zeitlich sehr weit zurückliegende Ereignisse erzählen. Dies mögen nette Geschichten sein, mit Geschichte jedoch hat das wenig zu tun.

Es hätte dem Band nicht geschadet, auf einige Beiträge zu verzichten, anderen dafür etwas mehr

Platz einzuräumen sowie eine inhaltliche und zeitliche Bündelung vorzunehmen. Man sucht auch vergeblich nach einem Register und nach biographischen Kurzangaben über die Autorinnen und Autoren. Lobend hervorzuheben ist indes die sehr sorgfältige sprachliche und inhaltliche Redaktionsarbeit.

ISA BLUMI: Reinstating the Ottomans. Alternative Balkan Modernities, 1800–1912. Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2011. XX, 250 S., 8 Abb., 2 Ktn. ISBN: 978-0-230-11018-2.

Isa Blumi spricht fließend Englisch, Albanisch und Französisch, beherrscht u. a. Türkisch, Arabisch und Italienisch und liest zudem u. a. Osmanisch, Deutsch und Serbokroatisch. Damit besitzt er zumal in sprachlicher Hinsicht die allerbesten Voraussetzungen, um die Geschichte des Osmanischen Reiches im Südosteuropa des 19. Jahrhunderts aus mehreren neuen Perspektiven (S. 5) zu begreifen und zu schreiben. Dies bedeutet in erster Linie, dass Blumi die „engstirnigen ethnonationalen“ Deutungsmuster um „dynamische, weniger sauber abgegrenzte“ Sichtweisen erweitern und auch korrigieren will (S. 2). Es geht ihm um nicht weniger, als die im 20. Jahrhundert triumphierende Geschichte der „Nation“ herauszufordern und (im doppelten Sinne) zeitgemäße, nicht teleologisch ausgerichtete Gegen narrative anzubieten (S. 2/3). Er folgt damit jenen Pfaden, die für Böhmen beispielsweise bereits von JEREMY KING („Budweisers into Czechs and Germans. A Local History of Bohemian Politics, 1848–1948“) und TARA ZAHRA („Kidnapped Souls: National Indifference and the Battle for Children in the Bohemian Lands, 1900–1948“) oder für Krain von Joachim Höslér („Von Krain nach Slowenien. Die Anfänge der nationalen Differenzierungsprozesse in Krain und der Untersteiermark von der Aufklärung bis zur Revolution, 1768 bis 1848“) erfolgreich und mit viel Gewinn beschritten worden sind. Es ist dies wahrlich kein einfaches Unterfangen, da die (moderne) Nation in der Historiographie Mittel-, Ost- und Südosteuropas nach wie vor zu den wichtigsten Analyse kategorien gehört; dies gilt sogar für jene Epochen, in denen eine überwiegende Mehrzahl der Menschen die Welt nicht national wahrgenommen hat und Loyalitäten anderweitig generiert wurden. In der von Blumi untersuchten Zeitspanne (1800 bis 1912) und dem abgesteckten geographischen Raum (Albanien, Südserbien, Montenegro, Makedonien und Kosovo) war „das Osmanische“ das insgesamt wirkmächtigste Herrschaftsgebilde („The world of everyone living in the region was still largely an Ot-

oman one“, S. 6). Diese nur vermeintlich axiomatische Feststellung bildet die geistige Ausgangsbasis seiner gleichermaßen erfrischenden wie kenntnisreichen Ausführungen.

Michael Portmann, Wien

toman one“, S. 6). Diese nur vermeintlich axiomatische Feststellung bildet die geistige Ausgangsbasis seiner gleichermaßen erfrischenden wie kenntnisreichen Ausführungen.

Das Buch gliedert sich (nebst Einleitung und Fazit) in fünf Hauptkapitel und schließt mit wichtige Zusatzinformationen liefernden Endnoten, einer ausführlichen Bibliographie und einem kombinierten Personen- und Sachregister. Die acht Fotografien sowie die zwei Karten sind nicht nur als Auflockerung gedacht, sondern dienen Blumi gleichermaßen als analytische Mittel zur Einlösung seiner inhaltlichen und methodologischen Ansprüche. Im ersten Kapitel (S. 31–61) geht Blumi mit traditionellen Nationalhistoriographien über und aus Südosteuropa hart ins Gericht und fordert zu Recht, dass „alternative Interpretationen der 600 vergangenen Jahre osmanischer Präsenz im Westbalkan nicht nur möglich, sondern notwendig sind, um aus dem Umklammerung der vorherrschenden Narrative der eurozentrischen Moderne auszubrechen“ (S. 9–10). Die Reformen während der Tanzimat-Periode (1839–1876) und deren vielfältige Auswirkungen auf die osmanisch-balkanischen Gesellschaften stehen im Mittelpunkt des zweiten Kapitels (S. 63–94). Die „kataklystischen Ereignisse“ (S. 10) kurz vor und in den ersten Jahren nach dem Berliner Kongress werden in Kapitel drei (S. 95–124) vor allem auf ihren „angeblichen nationalistischen“ (S. 10) Gehalt hin untersucht. Blumi belegt im vierten Kapitel (S. 125–150) seine These, wonach eben während dieser Jahre neue Herrschaftsmittel erprobt und eingesetzt wurden, die von den heutzutage dominierenden Narrativen nicht wahrgenommen werden. Im fünften Kapitel (S. 151–174) schließlich erforscht der an der Georgia State University Lehrende die Besonderheiten der imperialen Zentralisierungsbestrebungen unter einem rigiden Sparkurs sowie die neuen Standards in der „Minderheiten“-Politik. Es ist Blumi hoch anzurechnen und trägt viel zur Verständlichkeit bei, dass er sich die Mühe gemacht hat, jedes Kapitel in konziser Art und Weise zusammenzufassen. Insbesondere in den Schlussfolgerungen (S. 177–189) vertritt Blumi klare, teils provokante Standpunkte: Meines Erachtens ist ihm in seiner vielleicht zentralen Forderung an die Geschichtswissenschaft unbedingt zuzustim-

men, sich nicht ausschließlich auf allgemeine Analysekategorien (Nation, Konfession, Sprache) zu verlassen, wenn „die Geschichte der Moderne“ (S. 184) erzählt werden soll.

Abgesehen von einigen Schönheitsfehlern im Literaturverzeichnis (z. B. Jens-Schmitt, Oliver anstatt Schmitt, Oliver Jens) ist zu bedauern, dass Blumi keine genaueren Fonds-Bestandsangaben gemacht und sich lediglich mit den Namen der besuchten Archive begnügt hat. Diese kaum ins Gewicht fallenden Versäumnisse werden indes durch analytische Schärfe

und die Vermittlung tatsächlich neuer Perspektiven auf die (eben auch und vielleicht sogar vor allem) osmanische Geschichte Südosteuropas im „langen“ 19. Jahrhundert mehr als wettgemacht. Blumis Monographie empfiehlt sich als äußerst lohnende Lektüre für all jene, die neben den national bzw. nationalstaatlich sowie konfessionell geprägten Paradigmen bereit sind, sich alternative Zugänge zu den komplexen *state-society relations* am westlichen Balkan anzueignen.

Michael Portmann, Wien

ANDREAS JASPER: Zweierlei Weltkriege? Kriegserfahrungen deutscher Soldaten in Ost und West 1939–1945. Paderborn: Schoeningh, 2011. 344 S. = Krieg in der Geschichte, 66. ISBN: 978-3-506-77124-7.

Das Buch ist die überarbeitete Fassung der Dissertation des Autors aus dem Jahre 2010. Sie ist im Rahmen des Sonderforschungsbereiches „Kriegserfahrung, Krieg und Gesellschaft in der Neuzeit“ an der Universität Tübingen entstanden.

Im Einleitungskapitel nimmt der Autor zu Thema, Fragestellungen, Forschungslage, Quellen und „Erkenntnisinteresse“ (?) umfangreich Stellung. Das Thema der vorliegenden Arbeit beschreibt der Autor als die „Kriegserfahrungen deutscher Soldaten, die zwischen 1939 und 1945 sowohl im Osten als auch im Westen eingesetzt waren“. In den drei Abschnitten will er sich mit den „Kriegserfahrungen“, dem „Verhältnis von Wahrnehmung und Deutung für die Kriegserfahrung an der Front und im Hinterland“ und schließlich mit den „Erfahrungen der Soldaten mit den Kriegsschauplätzen in Ost und West“ beschäftigen. Bei dem Vergleich der Erfahrungen des „Vernichtungskrieges“ im Osten mit dem „Normalkrieg“ im Westen „geht es um den Zusammenhang von Weltanschauungskrieg und Verbrechen sowie um die Frage, in welchen gewachsenen Raumvorstellungen von Ost und West die aus der Rassenideologie entwickelte Kriegspolitik des Dritten Reiches umgesetzt und erfahren wurde“. Die Frage wird vom Autor auch gleich beantwortet, indem er feststellt, dass „die historisch gewachsene kulturelle Beurteilung von Ost und West als Handlungsrahmen für radikale Kriegspolitik [...] die Kriegführung des Dritten Reiches und die Kriegserfahrungen deutscher Soldaten [...] wesentlich mitbestimmt (hat)“. Bereits im Ersten Weltkrieg sieht der Autor „die erste Manifestation eines Weltanschauungskrieges“ (S. 13).

Die Quellengrundlage der Untersuchung bilden Feldpostbriefe aus der Bibliothek für Zeitgeschichte

Stuttgart, dem Landeshauptarchiv Koblenz, dem Institut für Zeitgeschichte München und dem Staatsarchiv Osnabrück. Der ausgewertete Bestand umfasst neben Einzelbriefen und Kurzserien 28 längere Briefserien bzw. Tagebuchbestände und Material aus vier editierten Beständen mit 1505 Briefen. Insgesamt werden 28 Soldaten berücksichtigt, von denen 19 im Fronteinsatz waren.

Der erste Teil: „Wege durch den Krieg“ orientiert sich an den militärischen Zäsuren des Zweiten Weltkrieges. Im zweiten und längsten Abschnitt „Die Erfahrungen des Krieges“ geht der Autor in vier Untergliederungsebenen dem Kriegsalltag an und hinter der Front nach. Hier werden Erfahrungen und Wahrnehmungen der Ausbildungspraxis, der Organisationsstrukturen oder auch des Personals dargestellt. Im dritten Abschnitt „Kriegserfahrung in Ost und West“ wird der methodische Zugang aus dem ersten und zweiten Abschnitt gemischt. Es geht um den Kriegsverlauf genauso wie um „Zweierlei Fremderfahrungen in Ost und West“ und „Zwei Kriege in einem?“, wo auf Rasse/Weltanschauung und den Holocaust eingegangen wird.

Im Aufbau der Arbeit wird eine stringente Logik nicht sichtbar. Die Hauptkapitel und auch ihre Untergliederung wirken wie Versatzstücke, was nicht bedeutet, dass die verwendeten Quellen für sich nicht aussagefähig wären und die vom Autor formulierten Thesen nicht bestätigen würden. Nun ist es generell problematisch, einen Buchtitel als Frage zu formulieren, die eine eindeutige Antwort erwarten lässt. Das ist aber in diesem Fall nicht möglich, weil der Leser bis zum Schluss nicht eindeutig darüber informiert wird, welche Alternativen gemeint sind. Ost oder West; Front oder Etappe; Soldat oder Gesellschaft; Politik oder Militär; Krieg oder Holocaust? Mehrere Weltkriege? – ja.

Der Band besitzt ein Personen- und ein Ortsregister.

Ralph Schattkowsky Rostock/Torun

PAOLA MESSANA: Soviet Communal Living. An Oral History of the Kommunalka. Palgrave Macmillan: Houndmills, Basingstoke 2011. XVI, 168 S. = Palgrave Studies in Oral History. ISBN: 978-0-230-11016-8.

SANDRA EVANS: Sowjetisch Wohnen. Eine Literatur- und Kulturgeschichte der Kommunalka. Transcript: Bielefeld, 2011. 318 S. = Lettre. ISBN: 978-3-8376-1662-0.

Die Kommunalka, in der zahlreiche Sowjetbürger ihr Privatleben in Gegenwart ihnen vielfach völlig fremder Personen organisierten, gilt als Sinnbild sowjetischer Alltagserfahrung: Ähnlich wie die Warteschlange verkörperte das über Jahrzehnte bestehende Provisorium der Kommunalwohnung den Widerspruch zwischen offizieller Rhetorik und sozialer Realität. Nachdem die Kommunalka bereits wiederholt Gegenstand mikro- und alltagshistorischer Studien gewesen ist, wenden sich nun zwei Publikationen der narrativen Verarbeitung der Kommunalka zu. Paola Messina hat 30 autobiographische Interviews, die sie nach dem Ende der Sowjetunion mit ehemaligen Bewohnern von Kommunalwohnungen geführt hat, zu einer Oral History der Kommunalka zusammengestellt. Susan Evans untersucht in ihrer Dissertationsschrift die Repräsentation der Kommunalka in der satirischen und grotesken Literatur der frühen Sowjetunion.

Messanas Band bietet einen Längsschnitt durch die gesamte sowjetische Geschichte der Kommunalka. Einige Erinnerungen reichen bis in die Anfangszeit der sowjetischen Herrschaft zurück, als die Bol'sheviki durch die „Verdichtung“ des Wohnraums (*uplotnenie*) versuchten, dem Problem des Wohnraum Mangels zu begegnen und den sozialen Raum der Städte neu zu ordnen. In zwei Interviews wird abschließend das Fortbestehen von Kommunalwohnungen im postsowjetischen Russland thematisiert. Obwohl die versammelten Interviews, abgesehen von einigen erklärenden Anmerkungen, unkommentiert bleiben, liefert der Band ein faszinierendes Porträt des sowjetischen Alltags. Die Erzählungen illustrieren, wie heterogen die sowjetische Gesellschaft ungeachtet aller Gleichheitspostulate war und in welchem Maße individuelle Alltagserfahrungen voneinander abweichen konnten. So wurde die soziale Herkunft oder die Stellung, welche eine Person im gesellschaftlichen Gefüge der Sowjetunion innehatte, häufig auch auf der Ebene der Kommunalwohnungen sichtbar. Vertreter des vorrevolutionären Adels bewahrten in ihren Zimmern alte Möbelstücke, Por-

zellan oder Silberlöffel auf oder pflegten Traditionen gelehrter Alltagsgestaltung, während Parteimitglieder mitunter bei der Zimmervergabe privilegiert wurden. Die Tochter eines Bolschewiken erinnert sich, dass ihre Familie in der Kommunalka während der 1920er Jahre nicht nur über zwei Zimmer, sondern auch über ein eigenes Dienstmädchen verfügte. Von einer homogenen Kommunalkaerfahrung, so der Eindruck nach der Lektüre, kann keine Rede sein. Die Palette der Erinnerungen reicht von nostalgisch verklärten Neujahrs- oder Osterfesten, über die teils komischen, teils tragischen Schwierigkeiten bei der Organisation des täglichen Zusammenlebens bis hin zu Fällen von Bespitzelung und Denunziation. Das paradoxe Nebeneinander von Nähe und Anonymität ist ein wiederkehrender Topos in den Interviews. Obwohl die Bewohner einer Kommunalka häufig über das Hygieneverhalten oder die Sexualgewohnheiten ihrer Wohnungsgenossen im Bilde waren, konnte es geschehen, dass sie den Tod eines Mitbewohners in seinem Zimmer über Tage nicht bemerkten.

Sandra Evans analysiert in ihrer „Kultur- und Literaturgeschichte der Kommunalka“ Texte von Michail Bulgakov, Daniil Charms und Michail Zoščenko. Anhand zweier Romane von Boris Jampol'skij und Vjačeslav P'ecuch befasst sie sich außerdem mit dem Bild der Kommunalka in der spätsowjetischen Belletristik. Als analytischer Schlüssel zu den Texten dient ihr das von dem Religionsethnologen Victor Turner geprägte Konzept der Liminalität: eines Schwellenzustands, in dem menschliche Gemeinschaften nach einer Erschütterung der sozialen Ordnung ihr Zusammenleben neu organisieren. Nach Evans entwarfen die Literaten die Kommunalka als einen „liminalen Raum“. Als „Zone des Übergangs“ versinnbildlicht sie die allgemeine Verunsicherung, in der sich die sowjetische Gesellschaft in der Frühphase der bolschewistischen Herrschaft befand. Das Aufeinandertreffen von Vergangenen und Gegenwärtigem, Privatem und Öffentlichem, Eigenem und Fremdem schuf in den Kommunalwohnungen einen Zustand der Uneindeutigkeit, in dem ihre Bewohner eigene Rituale etablierten, um das Fehlen verbindlicher Strukturen zu kompensieren. Evans identifiziert vier Themenkomplexe, anhand derer die Literaten den Übergangscharakter der sowjetischen Gesellschaft in ihren Kommunalkadarstellungen sichtbar machten: die Neukodierung von Raum und Zeit infolge der Reorganisation des Wohnalltags, die Versuche zur Herstellung von Ordnung in einer durch die Revolution irritierten Gesellschaft, das Interagieren innerhalb der Wohngemeinschaft („solidarischer Ei-

gen-Sinn“) sowie das komplexe Spannungsverhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit. Sie verfolgt, wie die Helden der Texte ihren beengten Wohnraum und die Beziehungen zu ihren Mitbewohnern gestalten und mit „kultureller Kreativität“ (S. 101) staatlich festgelegte Regeln umgehen oder bewusst verletzen. In ihrer Analyse arbeitet Evans die Motive heraus, mit denen die Autoren die Liminalitätserfahrung der sowjetischen Gesellschaft und deren Ausprägung auf der Ebene der Kommunalwohnungen zum Ausdruck brachten: Träume und Zeitreisen waren beliebte Mittel, um die individuelle und kollektive Irritation sowjetischer Bürger in den Jahren nach der Revolution literarisch zu thematisieren.

Während Evans' Rückgriff auf das Konzept der Liminalität unmittelbar einleuchtet, wirft ihre Methode zumindest aus der Perspektive des Historikers einige Fragen auf. Zwar erwähnt die Autorin einleitend, sie betrachte Literatur „weder als rein ästhetisches Phänomen noch als historische Quelle, sondern als Gegenstand kultureller Selbstwahrnehmung und -thematisierung“ (S. 14A). Problematisch ist jedoch, dass Evans ihre Leser an vielen Stellen über die Beziehung zwischen literarischem Text und historischem Kontext im Unklaren lässt. Gegen das Anliegen, die Texte als einen Zugang zur sowjetischen Kommunalkaerfahrung zu lesen, lässt sich grundsätzlich nichts einwenden. Sicher sind die literarischen Darstellungen Repräsentation der kommunalen Lebenswelt, und sicher bilden sie Handlungs- und Wahrnehmungsmuster der Zeitgenossen mitunter ausgesprochen prononciert ab. In Evans' Analyse fehlt jedoch eine Auseinandersetzung damit, dass man es bei den von ihr untersuchten Autoren mit einem kleinen Segment der sowjetischen Bevölkerung zu tun hat, deren Wahrnehmungen nicht notwendigerweise mit denen ihrer Zeitgenossen zusammenfallen mussten. Evans' Anspruch, die „mentale Kultur der sowjetischen Gesellschaft“ und den „Gesamtkomplex kollektiver Sinnkonstruktionen zu rekonstruieren“ (S. 14), ist daher eigentlich von vorneherein nicht einlösbar. Unbeantwortet bleibt auch Evans' einleitend gestellte Frage, „inwiefern [...] literarische und außerliterarische Faktoren einander [bestimmen]“ (S. 20). Selbst wenn man annimmt, dass die literarische Darstellung der Kommunalka auf die außerliterarische Realität zurückwirkte (eine Hypothese, die Evans nicht erörtert), ist dies ein rezeptionsgeschichtliches Problem, das sich mit literarischen Quellen allein natürlich gar nicht untersuchen lässt.

Neben diesen Unklarheiten erstaunt auch das ausgesprochen pauschale Bild von der sowjetischen Ge-

sellschaft, welches Evans in ihrer Analyse zeichnet. Hinter der Beschreibung der Kommunalka als „höchst politisierte[r] Wohnraum“ (S. 163), in dem sich die „Allgegenwärtigkeit des sowjetischen Regimes“ (S. 226) zeigte, steht ein sehr unspezifischer Begriff des Politischen. Natürlich war die Kommunalka, die von den Bol'seviki manchmal als Teil des Programms zur Umgestaltung des *byt* dargestellt wurde, ein Produkt sowjetischer Politik. Es verwundert jedoch, dass die Autorin aus diesem Grunde Konflikte des alltäglichen Zusammenlebens fast automatisch als politische Konflikte wertet: Warum sie Handlungen (und dies gilt für literarische wie für ‚reale‘ Handlungen gleichermaßen), die auf eine Ausweitung des persönlichen Handlungsspielraums innerhalb einer Kommunalwohnung zielten, als „politische Bestrebungen“ (S. 162) deutet, erschließt sich nicht. Dass der Rahmen, in dem die Bewohner der Kommunalwohnungen ihre Konflikte austrugen, ein sowjetischer war, musste schließlich nicht bedeuten, dass die Konflikte in den Kommunalka Auseinandersetzungen mit deren sowjetischer Bedingtheit darstellten. Irritierend ist darüber hinaus, dass Evans die Kommunalka als „totalen Raum“ (S. 14) bzw. „totales System“ (S. 120) beschreibt. Diese Kategorisierung versperrt nicht nur den Blick darauf, dass sowohl die Kommunalkaerfahrung selbst als auch ihre narrative Verarbeitung ausgesprochen heterogen sein konnte. Da Evans in ihrer Analyse selbst zu dem Schluss kommt, dass die literarischen Helden als „autonom handelnde Subjekte“ auftreten, lässt sich nur schwer nachvollziehen, warum sie das Konzept der Totalität und die implizite Idee des Kontrollverlusts so prominent macht.

Dass die narrative Aneignung der Kommunalkaerfahrung einen interessanten Zugang zur Geschichte des sowjetischen Alltags darstellt, lassen beide Bücher erkennen. Die Auseinandersetzung mit der Binnenperspektive der Akteure zeigt allerdings auch, dass sich die Leerstellen der Forschung wahrscheinlich nur mit anderen Methoden beseitigen lassen. Fragen danach, wie der Staat, abgesehen vom Parteifunktionär im Nachbarzimmer und dem KGB-Agenten mit Haftbefehl, in der Kommunalka in Erscheinung trat, wie die zahllosen staatlichen Richtlinien zur Regulierung des Kommunalka-Alltags umgesetzt wurden und wie rechtsprechende Instanzen damit umgingen, wenn Mietparteien ihre alltäglichen Konflikte nicht lösen konnten, sind noch offen. Beide Bücher und die bereits vorliegenden mikrohistorischen Arbeiten liefern hier zwar einige Anhaltspunkte. Gerade für die Nachkriegsjahrzehnte besteht jedoch ein Desiderat. Es bleibt daher zu hoffen, dass

sich der gegenwärtige Trend, die Kommunikation zwischen sowjetischen Machthabern und der breiten Bevölkerung zu untersuchen, auch in der Beschäfti-

gung mit dem sowjetischen Wohnalltag fortsetzen wird.

Katja Bruisch, Moskau

DONALD J. RALEIGH: Soviet Baby Boomers. An Oral History of Russia's Cold War Generation. New York, Oxford: Oxford University Press, 2012. XI, 420 S., Abb. ISBN: 978-0-19-974434-3.

Die Generation derjenigen, die in den Jahren 1949/50 geboren wurden, erlebten eine Sowjetunion ohne Krieg, das Tauwetter der 1950er Jahre und den spürbar wachsenden Konsum in den 1960er Jahren, die Zeit der sogenannten „Stagnation“ seit den späten 1970er Jahren sowie die turbulenten Zeiten der Perestroika. Don Raleighs Untersuchung dieser Generation endet nicht mit dem Untergang der Sowjetunion, sondern führt die Erzählung bis ins heutige Russland unter (Minister-)Präsident Putin fort. Anhand zweier Schulklassen, die 1967 ihren Abschluss in Moskau und Saratov ablegten, untersucht der Autor zahlreiche Fragen: Wie lebte es sich „sowjetisch“ in Zeiten des Kalten Krieges? Was prägte die Ansichten dieser Generation der Baby Boomer? Was können uns diese Lebensgeschichten über den „sowjetischen Traum“ verraten? Wie verarbeitete diese Generation den Übergang in die post-sowjetischen 1990er Jahre? Inwiefern beeinflussten diese Lebensgeschichten den Lauf der sowjetischen, respektive russischen Geschichte? Und worin unterscheiden sich die Erinnerungen der Moskauer von der Saratover Abschlussklasse?

Als Quellen zur Beantwortung dieser Fragen stützt sich Don Raleigh ausschließlich auf rund 60 von ihm seit der Jahrtausendwende geführte Interviews. Manche der Interviewten leben noch immer in Moskau oder Saratov, andere sind in die Vereinigten Staaten oder nach Israel emigriert. Bis auf wenige Ausnahmen gelang es Raleigh, die Moskauer und Saratover Schulabsolventinnen und -absolventen ausfindig zu machen. Die Interviews folgten einem groben Leitfaden, acht davon sind in dem 2006 erschienenen Buch des Autors „Russia's Sputnik Generation“ nachzulesen. Donald Raleigh ist sich dessen bewusst, dass Oral History weniger die historischen Ereignisse selbst abzubilden in der Lage ist, als vielmehr einen Zugang zur Bedeutung dieser Ereignisse in den individuellen Lebenserinnerungen dieser Generation heute liefert. Dabei stellt er Ähnlichkeiten wie Unterschiede zwischen diesen Erinnerungen fest, wie auch Widersprüche innerhalb der Erinnerungen einer einzelnen Person. Raleigh verwebt diese Erzählungen zu einer Kollektivbiographie, die

mehr auszusagen in der Lage ist als die bloße Summe ihrer einzelnen Teile. Die Interviewten kommen ausführlich zu Wort, während sich der Historiker Raleigh bei interpretatorischen oder analytischen Stellungnahmen zurückhält. Die großen Themen, die Raleighs Fragen immer wieder streifen, sind Familie, Arbeit, Generation, Antisemitismus, Stagnation und die Frage danach, wer eigentlich die „true believers“, die überzeugten Kommunistinnen und Kommunisten, waren.

Familie und Generation bilden die große Klammer des ersten Kapitels, das sich vor allem den Erinnerungen an die Eltern widmet und etwa danach fragt, welche Rolle das Erleben des „Großen Vaterländischen Krieges“ für Eltern und Kinder gleichermaßen hatte. Der Tod Stalins im Jahre 1953 spielt in den Erinnerungen an die Eltern und dabei, wie diese das Ereignis wahrgenommen haben mögen, eine ebenso entscheidende Rolle. Obwohl die Interviewten damals lediglich drei oder vier Jahre alt gewesen waren, behaupten manche, sich an den März 1953 erinnern zu können. Dieses Erinnern interpretiert Raleigh leider nicht als Zeichen dafür, wie einschneidend der Tod Stalins tatsächlich gewesen sein mag beziehungsweise wie einschneidend dieses Ereignis später empfunden wurde.

Für Raleigh hat die Frage nach der Familiengeschichte eine entscheidende Bedeutung, wobei es ihm darum geht zu zeigen, wie die Entstehung der Kleinfamilie zusammen mit dem Auftauchen der ersten „Privatwohnungen“ die Entwicklung einer Sphäre beförderte, die nicht notwendig mit den Vorgaben der Partei und der Führung in Übereinstimmung stehen musste. Den Bezug der eigenen vier Wände liest Raleigh somit als Bedingung der Möglichkeit für abweichende und potentiell nicht-sowjetische Meinungen. Er bestätigt somit die Dichotomie von privat und öffentlich, die jahrelang die Sowjetunionforschung geprägt hatte und wendet sich so implizit gegen neuere Forschungsmeinungen, die genau jene Dichotomie in Frage stellen.

Die Schulzeit als eine zentrale prägende Institution für die Generation der Baby Boomer ist das Thema der nächsten beiden Kapitel. Die Erinnerungen an die „sowjetische“ Schulzeit bestechen vor allem dadurch, dass diese so „sowjetisch“ gar nicht war. Die meisten Zeitzeuginnen und Zeitzeugen erinnern sich mit Freuden an die aufregenden Schuljahre, in denen sie viel erlebten, sich häufig mit Freunden tra-

fen, unablässig lasen oder sich das erste Mal verliebten. Lehrer gab es gute wie schlechte; und während die Saratover Direktorin ein wahrer „Schuldrachen“ war, drückte der Moskauer Direktor gerne mal ein Auge zu, wenn seine Zöglinge über die Stränge schlugen. Dass die Baby Boomer ihre Schulzeit während des Tauwetters absolvierten, spielt in ihren Erinnerungen zumeist kaum eine Rolle.

Gleichwohl, so Raleigh, entstand in eben jenen Jahren der Nährboden für jenen Zynismus, der sich in den 1970er Jahren geltend machen sollte und diese Generation zu „unbewussten Vollstreckern (*agents*) des Wandels“ machte. Dazu gehörte das Hören westlicher Musik (allen voran die Beatles), das Lesen von Samizdat-Literatur oder das beständige „besorgen“ (*dostat*) von wichtigen Konsumgütern, die eher durch inoffizielle Kanäle zu ergattern waren als dadurch, dass man sie im Laden gekauft hätte. Mit anderen Worten: Das, was man als dezidiert „sowjetisch“ verstehen könnte – wie etwa das umständliche Funktionieren der sowjetischen Planwirtschaft – erscheint zugleich als Grund für den Zusammenbruch 1991. Auch hier bleibt Raleigh im Fahrwasser der traditionellen Geschichtsschreibung und kann nicht vermeiden, die Sowjetunion von ihrem Ende her zu denken. Die Frage, warum u.a. das Hören der Beatles ein Beitrag zum Ende der Sowjetunion war, ließe sich allerdings auch anders formulieren: War nicht das Hören der Beatles ein Ausdruck der Normalisierung, ein Ausdruck dessen, dass die Sowjetunion existieren konnte, ungeachtet dessen, ob Menschen nun Beatles oder sowjetische Arbeiterlieder hörten?

Im vierten und fünften Kapitel stehen die 1970er Jahre im Vordergrund, die Jahre also, die üblicherweise als Zeit der Stagnation bezeichnet werden, obgleich sich seit geraumer Zeit vor allem jüngere Forscherinnen und Forscher um andere Begrifflichkeiten bemühen. Hier ist es die Frage nach dem sowjetischen Traum und die Suche nach den wahrhaften Kommunisten, was die Kapitel jeweils strukturiert. Der feste Arbeitsplatz war ein zentraler Bestandteil der sowjetischen Lebensweise, wie auch die widersprüchliche Überzeugung, dass in der Partei nur die Machtbesessenen saßen, man aber gleichwohl Parteimitglied werden musste, um in der Sowjetunion etwas verändern zu können. Und verändern wollten

die meisten der Interviewten etwas: Reformen waren nötig, so das rückblickende Urteil. Dass allerdings der Reformwille in den Zusammenbruch des sowjetischen Systems mündete, scheint den wenigsten Baby Boomern ein Anliegen gewesen zu sein. So stellen sie zwar im Nachhinein fest, dass sie in der Regel nun besser (manchmal auch nur anders) als früher leben; dass sie dieses andere Leben aber in den 1970ern bereits hätten führen wollen, davon sagen sie nichts. Viele glaubten an den Kommunismus, wenn auch nicht an die Sowjetunion – ein gewichtiger Unterschied, der bei Raleigh leider nicht deutlich genug herausgearbeitet wird.

Die letzten beiden Kapitel schließlich widmen sich dem Umbruch der Perestroika sowie der Regierungszeit Jelzins und Putins. Viele der Interviewten sahen getreu dem Motto „Everything was forever until it was no more“ den Zusammenbruch der Sowjetunion mitnichten heraufziehen. Doch ähnlich wie in den Jahren bis 1991 richtete man sich auch in den neuen post-sowjetischen Verhältnissen ein, die in mancher Hinsicht als besser wahrgenommen werden: es gibt Waren – und in mancher Hinsicht auch als schlechter: viele der Waren kann man sich nicht leisten. Dass die Anpassung an die neuen Zeiten zum Teil womöglich traumatischer war, als es die Interviewten zugeben möchten, macht sich unter anderem an den vielen Verweisen auf das bessere Zurechtkommen und Zurechtfinden der eigenen Kinder bemerkbar.

„Soviet Baby Boomers“ gibt der Generation der „Semidesjatkini“ eine Stimme, die insgesamt als weniger „politisch“ scheinen als ihre Vorgängergeneration der „Sechziger“, von denen sich viele in der Dissidentinnen- und Dissidentenbewegung wiederfanden. Warum sich die Generation des Abschlussjahres 1967 scheinbar so anders verhielt und eher schicksalsergeben „sowjetisch“ lebte, wäre eine der offen gebliebenen Fragen, die man nun auf Basis des von Raleigh vorgelegten Buches stellen kann. Ein Buch wie dieses, in dem die Generation der Baby Boomer zu Wort kommt, war vor allem seit dem Anwachsen des Interesses für die letzten Jahrzehnte der Sowjetunion mehr als überfällig.

Alexandra Oberländer, Bremen/Berlin

Sowjetische Interessenpolitik in Deutschland 1944–1954. Dokumente. Hrsg. und eingeleitet von Jan Foitzik. München: Oldenbourg, 2012. 629 S., Tab. = Texte und Materialien zur Zeitgeschichte, 18. ISBN: 978-3-486-71452-4.

In denselben Tagen, in denen in deutschen Medien von einem „neuen Systemkonflikt“ zwischen Deutschland und Russland zu lesen ist (JÖRG LAU: Geplatzter Deal, in: Die Zeit (11.04.2013), S. 1), erschien im Rahmen der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen eine Quellensammlung zur nach wie vor umstrittenen Stalinschen Deutschlandpolitik. Gerade deswegen stellt sich die Frage, nach welchen Gesichtspunkten zeitgenössische Wissenschaftler diesbezügliche Quelleneditionen herausgeben.

Nachdem bereits mehrere Publikationen erhältlich sind, die sich mit der sowjetischen Deutschlandpolitik in der Anfangsphase der Konstituierung der beiden deutschen Staaten auseinandersetzen,¹ und auch zu Schlüsselphasen der Stalin-Ära mehrfach Schriften erschienen sind,² fokussiert das vorliegende Werk insbesondere materielle Aspekte und Regelungen der sowjetischen Besatzung. Der Band setzt sich dabei mit den Problematiken von Demontagen, Reparationen, Konfiszierungen und Besatzungskosten in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) auseinander.

Die von Jan Foitzik veröffentlichte Edition entspricht im Wesentlichen der deutschsprachigen Ausgabe des 2011 in Moskau unter Mitarbeit von Andrej V. Doronin und Maksim A. Per'kov erschienenen

Bandes „Sovetskaja politika v otnošenii Germanii, 1944–1954. Dokumenty“. Unterschiede finden sich in der Titulierung der Dokumente wie auch in deren Nummerierung, welche sich durch eingefügte Dokumente (Nr. 36 und 67) verschoben hat.

Die Edition beinhaltet sowohl bisher unveröffentlichte wie auch bereits publizierte Dokumente. Die meisten der erstmals in deutscher Sprache veröffentlichten 141 Dokumente stammen aus den Beständen des Russischen Staatsarchivs für soziale und politische Geschichte (RGASPI), vor allem aus zwei Beständen: dem des Politbüros des ZK der Allunionspartei der Kommunisten (*fond* 17, *opis'* 162) und dem des früheren sowjetischen Außenministers Molotov (*fond* 82). Weitere Fundstellen sind das Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation (AVP RF), das Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation (AP RF), dem Russischen Staatsarchiv für Wirtschaft (RGAÉ), sowie auch zwei deutsche Archive. In der Auswahl der Dokumente bietet der Band einen repräsentativen Abriss zu den derzeit zugänglichen Quellen zur sowjetrussischen Deutschlandpolitik. Leider fehlt eine Darlegung der Kriterien zur Auswahl der Dokumente. Nichtsdestotrotz eröffnen sich dem Leser durchaus bislang unbekannte Perspektiven. Befremdend wirkt die im Einleitungsteil auftretende Beschreibung des Quellenmaterials als „archivierte(s) Altpapier“ (S. 27), als „Datenmüll“ (S. 63) oder gar als „Papier, das oft schon zum Zeitpunkt der Entstehung keinerlei materielle Aussagekraft enthielt.“ (S. 18)

Foitziks Publikation ist zweigeteilt. Dem Dokumententeil vorangestellt findet sich eine umfangreiche Einleitung (S. 5–152), die aufgrund ihrer Ausführlichkeit als eigenständige Arbeit betrachtet werden könnte. Darin analysiert Foitzik die sowjetische Besatzungspolitik in der SBZ/DDR bis 1953 wie auch die Rolle der SED als Instrument der sowjetischen Besatzungspolitik und als Staatspartei und bietet dem Leser einen Erklärungsversuch der inneren Inkonsistenz einer sowjetischen Interessenpolitik in Deutschland. Unter dem Titel „methodologische Misere“ (S. 5–39) geht der Herausgeber auf die Situation ein, die man in Moskauer Archiven zum Teil vorfindet: Einige russische Archivbestände seien nach wie vor gesperrt (vgl. S. 24), auch existierten Schwierigkeiten, da es „weder auf sowjetischer noch ostdeutscher Seite eine Dienststelle [gab], die systematisch alle Aspekte der sowjetischen Deutschlandpolitik dokumentierte.“ (S. 25) Die sich daraus ergebenden Unwägbarkeiten würden verstärkt durch „Übermittlungsfehler im Moskauer Politbüro“ (S. 28) wie auch durch einen „unterschiedlichen Umgang mit

1 Vgl. BERND BONWETSCH [u.a.] (Hrsg.): Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der SMAD unter Sergej Tjulpánov. Bonn 1997; GEORGIJ P. KYNIN / JOCHEN P. LAUFER (Hrsg.): Die UdSSR und die deutsche Frage 1941–1949, Bde. 1–4. Berlin 2004–2012; GERHARD WETTIG (Hrsg.): Der Tjulpánov-Bericht. Sowjetische Besatzungspolitik in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Göttingen 2012.

2 Vgl. CHRISTIAN F. OSTERMANN (Hrsg.): Uprising in East Germany 1953. New York 2001; JÜRGEN ZARUSKY (Hrsg.): Die Stalinnote vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen. München 2002; WILFRIEDE OTTO (Hrsg.): Die SED im Juni 1953. Interne Dokumente. Berlin 2003; JOCHEN P. LAUFER: Die Stalin-Note vom 10. März 1953 im Lichte neuer Quellen, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 52 (2004) S. 99–118; PETER RUGGENTHALER (Hrsg.): Stalins großer Bluff. Die Geschichte der Stalin-Note in Dokumenten. München 2007; Wettig, Gerhard: Der 17. Juni 1953 in sowjetischer Sicht, in: Militärgeschichtliche Zeitschrift 66 (2007) 1, S. 145–157.)

Zahlen“ (S. 17), so dass beispielsweise an verschiedene Adressaten abweichende Beträge für Entnahmen oder Demontagen angegeben worden seien (vgl. S. 17). Foitzik spricht dabei von „Besonderheiten des sowjetischen Berichtstils“ (S. 30); sogar Stalin persönlich habe diese thematisiert und in diesem Zusammenhang bemängelt, dass „die westlichen Alliierten über gemeinsame Absprachen besser informiert seien als die sowjetische Seite.“ (S. 30)

Eine intensivere Auseinandersetzung mit dem derzeitigen Forschungsstand wird vom Herausgeber „wegen der immensen Literaturfülle und der unbremsten Flucht der deutschen Geschichtsschreibung in ‚Theorien‘ [als] nicht möglich“ (S. 38) angesehen und bleibt daher bedauerlicherweise aus. Ob diese den Leser tatsächlich „nur irritieren würde“ (S. 38), mag dahingestellt bleiben.

Im Kapitel „Von der Besatzungsdiktatur zur Parteidiktatur“ (S. 39–122) behandelt Foitzik die Übergangsprozesse der SBZ hin zum Sozialismus im Sinne einer Herrschaftspolitik. In seinen Überlegungen kritisiert Foitzik die politikgeschichtliche Diskussion über die Ursachen der „deutschen Spaltung“ (vgl. S. 39). Seiner Ansicht nach gilt es vielmehr, diese im Zusammenhang mit der sowjetischen Ordnungspolitik in Ostmitteleuropa zu verstehen, und es würde „in den Abgrund führen, das in den letzten sechzig Jahren aus Deutungs- und Lesarten vorgestellte Scherbengericht [...] zu prüfen.“ (S. 39) Vielmehr habe schon der Staat DDR „als Experiment und als politische und soziologische Fehlkonstruktion von Anfang an den Keim des Untergangs in sich“ (S. 39) getragen.

Informativ sind Foitziks Anmerkungen zum Lebensstandard in der DDR des Jahres 1952. Ob dieser, wie in der Einleitung dargestellt, tatsächlich „unter das Niveau des Jahres 1947“ (S. 105) gesunken ist, wäre eingehender zu diskutieren; dass er sich jedoch auf äußerst niedrigem Niveau befand, steht außer Zweifel.³ Ebenfalls erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang die Hinweise des Herausgebers zur politischen Repression in der DDR in dieser Zeit; so seien „allein aus der DDR [...] in Moskau in den Jahren 1950–53 etwa eintausend Menschen hingerichtet worden.“ (S. 99)

Im folgenden Exkurs (S. 123–151) wird unter anderem, wenn auch nur auf wenigen Seiten, auf Aspekte der Entnazifizierung, insbesondere deren Defizite, eingegangen. Weiter beschäftigt sich Foitzik mit Entnahmen seitens der sowjetischen Besatzungs-

macht. In seinen Ausführungen zu Demontagen und Reparationen, Patenten, sowjetischen Aktiengesellschaften und Besatzungskosten verweist der Herausgeber auf das verwirrende Datenmaterial, das hierzu vorliegt. An anderer Stelle spricht er gar von „Luftbuchungen“ (S. 146), welche in großem Ausmaß üblich gewesen seien, was er kommentiert: „Generell bleibt also die interne Buchhaltung mit so vielen Unbekannten behaftet, daß es keinen großen Sinn macht, die Details genauer zu studieren.“ (S. 138) In der Untersuchung der SAG Wismut macht der Herausgeber konkretere Angaben zum Kostenumfang. So erfährt der Leser, dass „bis Ende 1953 auf Reparationsrechnung [...] etwa 9450 Tonnen Uran in die Sowjetunion“ (S. 147) geliefert wurden.

Die in der Sammlung aufgeführten Dokumente betreffen inhaltlich im Wesentlichen die sowjetrussischen Handlungen in Bezug auf die Umgestaltung der SBZ und deren politische Ausrichtung (Entnazifizierung, Verfolgung politischer Gegner, Reparationsentnahmen, Demontagen). Auch finden sich aufschlussreiche Unterlagen zur sowjetischen Kriegsgefangenenpolitik, welche die bisherigen Kenntnisse um neue Details erweitern. Manche Dokumente erhärten die Vermutung, dass auf ein einheitliches Deutschland hingearbeitet wurde, beispielsweise die „Denkschrift der SMAD über Wirtschaftsfragen in der SBZ. 12. Dezember 1946“, welche sich mit den wirtschaftlichen Gegebenheiten und beispielsweise der Frage der Verwirklichung einer wirtschaftlichen Einheit Deutschlands auseinandersetzt. „Es bleibt festzuhalten, dass eine weitere selbständige Existenz der sowjetischen Zone trotz einer Reihe vorteilhafter Seiten zu außergewöhnlichen Schwierigkeiten führt“ (S. 299).⁴

In Bezug auf die Stalin-Note vom März 1952 bieten sich dem Leser zwar kaum grundlegend neue Erkenntnisse; aber die Quellen lassen in eine Kreml-Politik blicken, die durchaus auf ein Interesse Stalins an einem neutralisierten Deutschland weist. Hierzu setzt sich der Herausgeber in der Einleitung kritisch mit Lesarten und der Debatte um die Stalin-Note auseinander.

Verwirrend wirkt, dass in den Titeln der Dokumente weitgehend auf Personennamen verzichtet wurde und die Akteure vor allem durch ihren Rang bzw. ihr Amt identifiziert wurden. Die Rezensentin vermisst auch eine klare Aussage zu den Normen und Leitbildern der Herausgeber sowie deren kritische Diskussion. Weiter wäre es dienlich gewesen,

3 Vgl. PETER HÜBNER: Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945–1970. Berlin 1995, S. 151.

4 Vgl. GEORGIJ P. KYNIN / JOCHEN P. LAUFER (Hrsg.): Die UdSSR und die deutsche Frage 1941–1949. Band 4. Berlin 2012, S. XXXVIII.

wenn die schon früher veröffentlichten Dokumente durchgehend mit einem Hinweis auf den ersten Publikationsort gekennzeichnet worden wären: Vgl. z.B. BERND BONWETSCH [u.a.] (Hrsg.): Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der SMAD unter Sergej Tjulpanov. Bonn 1997, Dok. 105 = FOITZIK: Dok. 85; GEORGIJ P. KYNIN / JOCHEN P. LAUFER (Hrsg.): Die UdSSR und die deutsche Frage 1941–1949, Band 4. Berlin 2012, Dok. 60 = FOITZIK: Dok. 66; Dok. 77 = FOITZIK: Dok. 71; Dok. 157 = FOITZIK: Dok. 78; Dok. 159 = FOITZIK: Dok. 79; Dok. 179 = FOITZIK: Dok. 82.) Sicher hätte eine intensivere Einbezie-

hung der bisherigen Kontroversen und Dispute der wissenschaftlichen Forschung zur sowjetischen Geschichte diese Edition bereichert.

Trotz mancher Schwächen besticht Foitziks Publikation aufgrund der eindrucksvollen Menge von der Forschung bislang zum Teil unbekannten Quellen, welche einen neuen Zugang zur sowjetischen Interessenpolitik im Nachkriegsdeutschland bieten können. Damit stellt der besprochene Band eine nützliche Bereicherung der Forschungslandschaft dar und liest sich in seinem bemerkenswerten Ansatz als begrüßenswerter Beitrag zur Rekonstruktion der deutschen Zeitgeschichte.

Felicitas Söhner, Dillingen

OL'GA JU. NIKONOVA: Vospitanie patriotov. Osoaviachim i voennaja podgotovka naselenija v ural'skoj provincii (1927–1941 gg.). Moskva: Novyj Chronograf, 2010. 471 S., Abb. ISBN: 978-5-94881-138-3.

Patriotismus und Nationalismus sind oft zwei Seiten einer Medaille, allerdings sind die Emotionen, die mit jeweiliger Bezeichnung in Verbindung gebracht werden, sehr unterschiedlich. Während Patriotismus ein durchaus positiv konnotierter Begriff ist, der auch in den modernen demokratischen Gesellschaften eine wichtige Rolle als Integrationsfaktor spielt, dient der Begriff des Nationalismus als eine Negativschablone auf die Übel, die ein übersteigertes Wertgefühl gegenüber anderen Völkern erzeugen kann. Spätestens seit den Gräueltaten, die im 20. Jahrhundert im Namen des Nationalismus verübt worden sind, gilt er als eine Verirrung des menschlichen Geistes, die nichts außer Tod und Verderben bringen kann.

Das war jedoch nicht immer so. Im 19. Jahrhundert war der Begriff des Nationalismus ein positiv besetztes Schlagwort; er wurde zur Verkörperung der Idee der Volkssouveränität, mithin zum unverzichtbaren Attribut des modernen Nationalstaates und galt dementsprechend als ein positiver Indikator kollektiver Identitätsstiftung. Gleichzeitig stellte der Nationalismus die multiethnischen Staaten vor ein schier unlösbares Problem: Die Bevorzugung einer Entität, die Erklärung einer bestimmten ethnischen Gruppe zum Träger der Volkssouveränität, führte automatisch zur Benachteiligung aller anderen. Vor allem die Kontinentalimperien wie Österreich-Ungarn, das Osmanische Reich und das zarische Russland standen am Anfang des 20. Jahrhunderts vor dem Dilemma, die Bildung eines „modernen“ Nationalstaates zu bewerkstelligen und gleich-

zeitig die Einheit des Vielvölkerreiches nicht zu gefährden. Während Österreich-Ungarn und das Osmanische Reich am Ende des Ersten Weltkrieges auseinanderfielen, gelang es Russland sein Staatsgebiet, mit Ausnahme Polens, des Baltikums und Finnlands, zusammenzuhalten. Und diese Entwicklung war ausgerechnet das Ergebnis der Politik der Bol'seviki, einer Gruppe von Revolutionären, die eigentlich den Internationalismus auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Innerhalb weniger Jahre erarbeiteten die neuen Machthaber eine eigene Ideologie, die den Zusammenhalt des Landes garantieren sollte: Der Sowjetpatriotismus war geboren.

Gerade diesem Prozess ist die Monographie von Ol'ga Nikonova gewidmet, die im Rahmen des Sonderforschungsbereichs 437 „Kriegserfahrungen, Krieg und Gesellschaft in der Neuzeit“ an der Universität Tübingen entstand und 2010 in Moskau erschien. Unter Patriotismus versteht die Autorin einen Diskurs, der vor dem Hintergrund des Problems der Beziehungen zwischen dem Subjekt und seinem „Wohnort“ entsteht, ein dynamisches Narrativ, an dessen Ausarbeitung sowohl der Staat als auch das Subjekt aktiv teilnehmen. Unter Berufung auf den deutschen Soziologen Peter Fuchs sieht Nikonova im Patriotismus eine kommunikative Praxis, deren Endergebnis die Schöpfung einer imaginierten solidarischen Gesellschaft sein soll. Auch in der Sowjetunion der 1930er Jahre sei die Erziehung zum Patriot ein dynamischer Prozess gewesen, dessen Inhalt nicht starr war, sondern von den historischen Subjekten ausgehandelt wurde. Für viele war jedoch die Beteiligung am patriotischen Ritus wichtiger als dessen Inhalt, denn erst dadurch entstand das Gefühl, Teil eines großen Ganzen zu sein. Die Verinnerlichung des Sowjetpatriotismus stellt für die Autorin eine Ausprägung der Problematik der stalinischen „Subjektivität“ da; der Einzelne sei kein bloßer

Rezipient des offiziellen Diskurses gewesen, sondern er spielte eine schöpferische Rolle, indem er sein eigenes „Ich“ aktiv verändert habe (S. 37). Diese Veränderung des „Ich“, die Verinnerlichung des gelten-den semantischen Raumes, ging mit der Annahme eines bestimmten Habitus, mit der Disziplinierung des Subjekts und der Entstehung des Neuen Menschen einher. Um die dem Regime positiv erscheinenden sozialen Massenpraktiken zu verfestigen, wurden sie institutionalisiert, wobei die paramilitärische Organisation „Osoaviachim“ (Die Gesellschaft zur Förderung der Verteidigung, des Flugwesens und der Chemie) eine wichtige Rolle spielte.

Eines der Verdienste der vorliegenden Arbeit liegt gerade darin, dass die Untersuchung von Mobilisierungspraktiken des sowjetischen Regimes am Beispiel einer fast in Vergessenheit geratenen Institution wie der „Osoaviachim“ vorgenommen wird. Die Autorin schildert nicht nur die Strukturen der „Osoaviachim“, die von ihr als „quasigesellschaftliche Organisation“ bezeichnet wird, sondern stellt eine direkte Verbindung her zwischen der Entstehung dieser Institution, der Veränderung des Inhalts der patriotischen Erziehung breiter Volksmassen und der massiven Belfifizierung (*voenizacija*) der sowjetischen Gesellschaft in den 1930er Jahren vor dem Hintergrund der Angst vor einem Angriff der „Imperialisten“ und gleichzeitig der Popularität von paramilitärischen Aktivitäten, die nicht nur Jungen, sondern im Zuge der Emanzipationspolitik auch immer mehr Mädchen ergriff. Auch die tiefste sowjetische Provinz wie das im Mittelpunkt der Monographie stehende Ural-Gebiet wurde von der Angst vor dem kommenden Krieg ergriffen, denn die moderne Kriegstechnik, und davon war man zutiefst überzeugt, erlaube es nicht mehr, zwischen Frontgebieten und dem Hinterland zu unterscheiden. Für die sowjetischen Militärtheoretiker war das ganze Land ein einziges Schlachtfeld des künftigen Krieges.

Die Autorin verweist zwar zurecht darauf, dass die Mobilisierungspraktiken, vor allem in der Pro-

vinz, das Niveau bloßer Losungen nicht überstiegen und dass die Mehrheit der Osoaviachim-Mitglieder in militärisch-taktischer Hinsicht nur äußerst unzureichend ausgebildet wurde; sie versucht allerdings gerade in der kommunikativen Praxis dieser Institution den patriotischen Diskurs zu finden. Diesen Widerspruch, den die Autorin durchaus wahrnimmt (S. 48), vermag sie nicht zu lösen, denn ihr Verweis auf die „Routine“, mit der patriotische Praktiken von den Mitarbeitern der „Osoaviachim“ „von Berufs wegen“ ausgeübt wurden, verbunden mit dem Wunsch, dort „Dokumente zu finden“, die es erlauben würden, die Besonderheiten des patriotischen Diskurses und des patriotischen Habitus zu rekonstruieren (S. 48), verleiten sie dazu, die Tendenz der Organisation außer Acht zu lassen, ihre eigene Existenz durch übertriebene oder nicht vorhandene Erfolgsmeldungen zu rechtfertigen.

Damit korrespondiert eine gewisse terminologische Unschärfe. So unterlässt es die Autorin bedauerlicherweise, genau zu definieren, was sie unter einem Diskurs versteht und worin sie den Unterschied zu einer Diskussion sieht. Man gewinnt unwillkürlich den Eindruck, dass auch dort, wo eine Diskussion gemeint ist, der Begriff des Diskurses verwendet wird. Das gleiche Problem betrifft die Begriffe „Stalinismus“ und „stalinistisch“. Was soll man unter einem „stalinistischen Diskurs“ verstehen? Was unterscheidet das „stalinistische patriotische Pathos“ vom „sowjetischen patriotischen Pathos“? Waren das synonyme Bezeichnungen des gleichen Phänomens? Und was sind „stalinistische Praktiken“?

Nichtsdestoweniger muss man der Autorin große Anerkennung aussprechen. Ihr ist es gelungen, eine interessante Darstellung des für das Verständnis des Funktionierens des stalinschen Modells der sowjetischen Gesellschaft essentiellen Bereichs des Alltagslebens zu liefern, in dem der Bürger zum Sowjetpatrioten erzogen wurde. Es bleibt nur zu wünschen, dass diese Arbeit ihre würdigen Nachfolger findet.

Peter Kaiser, Freiburg i.Br.

ANNA KRYLOVA: Soviet Women in Combat. A History of Violence on the Eastern Front. Cambridge, New York [usw.]: Cambridge University Press, 2010. XVI, 320 S., 26 Abb., 3 Tab. ISBN: 978-0-521-19734-2.

Während des Zweiten Weltkrieges dienten fast eine Millionen Frauen in den Reihen der Roten Armee. Mehr als 120.000 von ihnen kämpften direkt als Scharfschützinnen, Pilotinnen und sogar als Panzerfahrerinnen an der deutsch-sowjetischen Front, von

den Soldaten der Wehrmacht nicht selten als „Flintenweiber“ bezeichnet. Bereits am 29. Juni 1941 verfügte der Oberbefehlshaber der 4. Armee Günther von Kluge, dass Frauen in Uniform der Roten Armee sofort zu erschießen seien. Auch wenn das Oberkommando des Heeres diesen Befehl nur kurze Zeit später wieder rückgängig machte, wurde von deutscher Seite der Kampf gegen die Soldatinnen der Roten Armee mit größter Brutalität geführt. Diesen Frauen – bislang kaum von der Historiographie beachtet – hat Anna Krylova ihr Buch gewidmet.

Nach einer kurzen Einleitung geht sie zunächst der Frage der Militarisierung der stalinistischen Gesellschaft in den 1930er Jahren und der Rolle der Frau im System der Landesverteidigung der UdSSR nach. Vor allem die breitangelegte vormilitärische Ausbildung an den Schulen und weiterführenden Bildungseinrichtungen sorgte dafür, dass sich im Sozialismus Weiblichkeit und Soldatentum nicht wie bisher ausschlossen. Zugleich erhielten die Frauen gleichberechtigte Spezialausbildungen als Fallschirmspringerinnen, Pilotinnen, Panzerfahrerinnen und Scharfschützinnen. Sie erwarben so militärische Qualifikationen, die für die Führung eines modernen Krieges unverzichtbar waren. Derart militarisiert und mobilisiert, waren die jungen Sowjetbürgerinnen kriegsbereit gemacht worden, wie noch keine Frauengeneration vor ihnen. Damit entstand, zudem durch Presse, Film und Literatur gezielt gefördert, bei vielen der Wunsch und der Wille, mit den Männern gleichberechtigt auch in Kampfseinheiten der Roten Armee zu dienen.

Nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion wollten hunderttausende sowjetische Frauen und Mädchen an die Front, um zu kämpfen. Allein in Leningrad drängten in den letzten Junitagen des Jahres 1941 mehr als 27.000 Frauen zu den Waffen. In ihrem zweiten Kapitel beschreibt die Autorin den Weg der Frauen an die Front und untersucht die einzelnen Phasen der Mobilisierung der weiblichen Kämpfer während des Krieges. Besonders in den Jahren 1942 und 1943 wurden im Rahmen mehrerer Mobilisierungskampagnen zahlreiche Soldatinnen in die Reihen der Roten Armee aufgenommen. Dass es sich bei diesen Maßnahmen – wie Krylova schreibt – um staatliche Reaktionen auf Druck der sowjetischen Frauen handelt, ist indes eher nicht anzunehmen. Denn die neu eingezogenen Soldatinnen dienten eher dazu, Lücken in ausgekämmten rückwärtigen Einheiten zu füllen, deren Soldaten wegen der hohen Verluste an der Front zu den Kampftruppen versetzt worden waren. So wurden im Mai 1942 mehr als 100.000 junge Frauen für die Truppen der Heimatluftverteidigung mobilisiert und im Januar 1943 rund 25.000 Soldatinnen zu den Seestreitkräften eingezogen, wo sie ihren Dienst vor allen in Einheiten der Küstenverteidigung und der Marineverwaltung versahen. Gleichwohl experimentierte die sowjetische Militärführung zwischen 1942 und 1943 mit einer Infanterie-Brigade, die ausschließlich aus Frauen bestand. Zum Kampfeinsatz gelangte der Truppenteil allerdings nicht, lediglich ein Teil der

Offizierinnen wurde nach Auflösung der Brigade an die Front versetzt. Damit wird deutlich, dass der Militärführung wohl das Vertrauen in die Kampfkraft der Frauen fehlte, denn kaum mehr als zehn Prozent aller Soldatinnen, kämpften tatsächlich mit der Waffe in der Hand direkt gegen die Wehrmacht.

Mit dem Fronteinsatz dieser Frauen beschäftigt sich das dritte Kapitel des Bandes. Die Autorin widmet sich hier u.a. den Beziehungen zwischen den männlichen und weiblichen Soldaten und vertritt dabei die These, dass die zunehmende Mechanisierung der Roten Armee ein „Regendering“ und damit einen wachsenden Einfluss der Frauen in den Streitkräften begünstigt habe. Zugleich werden Fragen von Weiblichkeit und Sexualität untersucht, wobei die Autorin davon ausgeht – was wohl zu diskutieren ist –, dass die in den Kampfeinheiten dienenden Frauen keinen sexuellen Übergriffen ausgesetzt waren. Doch merkwürdigerweise blendet Krylova gerade im „Frontkapitel“ wichtige Bereiche des militärischen Alltagslebens der Frauen, wie Zerstörung, Verwundung, Tod, Verlust und Gefangenschaft, weitestgehend aus.

Gerade deshalb hat Frau Krylova keine Geschichte der Gewalt an der Ostfront geschrieben, wie der Untertitel ihres Buches ankündigt. Hierfür hätte sie neben den von ihr verwendeten Akten aus dem Russischen Staatsarchiv für sozialpolitische Geschichte und dem Staatsarchiv der Russischen Föderation auch Dokumente aus dem Russischen Militärarchiv oder gar dem nur schwer zugänglichen Archiv des Verteidigungsministeriums heranziehen müssen. Stattdessen greift Krylova zumeist auf Memoirenliteratur der Sowjetzeit zurück. Hier spiegeln sich, da die Autorin ihre Quellen nur selten kritisch genug würdigt, zumeist nur romantische und propagandistisch geschönte Vorstellungen des brutalen Frontgeschehens wider. Der blutige Alltag der Frauen an der Front wird nicht thematisiert. Unbeantwortet bleibt auch die Frage, warum die Frauen nach dem Ende des Krieges so rasch als ‚Fremdkörper‘ aus den sowjetischen Streitkräften wieder verschwanden.

Ohne Zweifel hat Frau Krylova ein überaus lesbares, interessantes und zu Diskussionen anregendes Buch vorgelegt. Eine wirkliche Geschichte der weiblichen Soldaten der Roten Armee im Kampfeinsatz ist ihr – auch oder gerade wegen ihres zumeist eindimensionalen Quellenansatzes – nicht gelungen. Diese wird noch zu schreiben sein.

Matthias Uhl, Moskau

CHRISTIAN WESTERHOFF: Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg. Deutsche Arbeitskräftepolitik im besetzten Polen und Litauen 1914–1918. Paderborn, München, Wien [usw.]: Schöningh, 2012. 377 S. = Studien zur historischen Migrationsforschung, 25. ISBN: 978-3-506-77335-7.

Der junge Historiker und Bibliothekar Christian Westerhoff, heute frischgebackener Direktor der Bibliothek für Zeitgeschichte in Stuttgart, hat diese Untersuchung Ende des Jahres 2009 als Dissertation an der Universität Erfurt eingereicht. Er hatte sich vorgenommen, ein Thema zu untersuchen, das bisher in der Forschung wenig Beachtung gefunden hat, nämlich die freiwillige und erzwungene Heranziehung von Bewohnerinnen und Bewohnern der deutsch besetzten Gebiete des Russischen Reiches zur Arbeit in Deutschland und vor Ort während des Ersten Weltkriegs.

Nach einer Einleitung mit einem ausführlichen Forschungsbericht und der Formulierung der Fragestellung gibt er im zweiten Kapitel einen informativen Überblick über die Beschäftigung von Arbeitskräften aus Russland in Deutschland 1906 bis 1918. Dann stellt er die beiden Verwaltungseinheiten, die er untersucht, vor, das zivil verwaltete Generalgouvernement Warschau (GGW) und das unter Führung des Militärs stehende Verwaltungsgebiet des Oberbefehlshabers Ost (Ober Ost), das Gebiete im Baltikum (Kurland, Litauen) und um Bialystok-Grodno umfasste.

Im Weiteren kommt er zu seinem eigentlichen Untersuchungsgegenstand, wobei er chronologisch vorgeht und dabei der in der Forschung etablierten Einteilung der Phasen der deutschen Arbeitskräftepolitik im Ersten Weltkrieg folgt: 1. Herbst 1914 bis Sommer 1916, 2. Herbst/Winter 1916 und 3. Frühjahr 1917 bis Herbst 1918. Dabei wird in der Literatur angenommen, dass auf eine Phase relativer Freiwilligkeit eine Periode verschärften Zwangs folgte, der nach Protesten aus dem In- und Ausland zurückgenommen wurde.

Dieses Modell wurde am Vorbild der Arbeitskräftepolitik im Generalgouvernement Belgien entwickelt, das in der Forschung bislang weit mehr Aufmerksamkeit erweckt hat als der Osten. Westerhoff zeigt eindringlich auf, dass diese Phaseneinteilung auf das GGW *cum grano salis* angewandt werden kann; in Ober Ost dagegen wurde schon früher zu Zwangsmaßnahmen gegriffen und diese wurden später dann nicht einmal halbherzig revidiert.

Westerhoff vertritt überzeugend die Annahme, dass eine Erschöpfung des freien Arbeitsmarktes da-

zu führt, dass Wirtschaft und Politik Zuflucht zu Zwangsmaßnahmen suchen. Er weist nach, dass während im GGW die Gewinnung von Arbeitskräften für das Deutsche Reich im Vordergrund stand (und zu diesem Zweck die einheimische Industrie als Konkurrentin um Facharbeiter systematisch ruiniert wurde), in Ober Ost eine ganz spezifische Situation herrschte. Die Schilderung der Politik der Militärs in diesem Gebiet ist der Teil des Werkes, der Leserinnen und Leser am meisten in den Bann schlägt. Zunächst Hindenburg und Ludendorff, später ihre Nachfolger sahen in Ober Ost gewissermaßen ein „Laboratorium“, in dem sie mit Kommandomethoden eine Art Musterstaat aufbauen wollten. Dazu versuchten sie nicht nur, die Einwohnerinnen und Einwohner vor Ort zu Dienstleistungen maximal auszupressen; es wurden sogar Arbeitskräfte aus dem GGW dorthin verbracht.

Eine besondere Komponente erhielt Ober Ost noch durch seine Vielfalt an Völkern, wobei die Behandlung der Juden angesichts des bei den Machthabern notorischen Antisemitismus eine besondere Gestalt annahm. Gerade den Juden räumt Westerhoff zu Recht einen besonderen Platz in seiner Untersuchung ein. Generell kann er nachweisen, wie Vorurteile im Dienste der Politik instrumentalisiert wurden, so die angebliche Arbeitsscheu aller Bewohner des Ostens im Allgemeinen und der Juden im Besonderen.

Dabei steht für den Autor mehr die Politik von oben, als die Leiden der Betroffenen im Vordergrund. Dennoch kann er die hoffnungslose Lage der Verschleppten und zur Zwangsarbeit Gezwungenen gut vermitteln.

Im Fazit und Ausblick greift er die umstrittene Frage auf, inwieweit man dem Historiker Ulrich Herbert folgen kann, der in der deutschen Arbeitskräftepolitik während des Ersten Weltkriegs einen „Probelauf“ für das im Zweiten Weltkrieg praktizierte, unvergleichlich grausamere Zwangsarbeitssystem sah. Westerhoff vertritt die Ansicht, dass man weniger von einem konkreten Lernprozess der Entscheidungsträger, als von einem allgemeinen „Erfahrungshorizont“ der Zwangsarbeit sprechen kann.

Westerhoff stützt sich in erster Linie auf Verwaltungsberichte der deutschen Amtsträger. Eine kritische Würdigung dieser Quellengattung wäre angebracht gewesen.

Insgesamt vermag die Untersuchung dennoch zu überzeugen.

Georg Wurzer, Tübingen

JACEK FRIEDRICH: Neue Stadt in altem Gewand. Der Wiederaufbau Danzigs 1945–1960. Aus dem Polnischen von Heidemarie Petersen. Wien, Köln, Weimar: Böhlau, 2010. VIII, 276 S., 105 Abb. = Visuelle Geschichtskultur, 4. ISBN: 978-3-412-20312-2.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Danziger Innenstadt zu 90 Prozent zerstört. Ihrem Wiederaufbau widmet sich der Kunsthistoriker Jacek Friedrich in seiner Dissertationsschrift, die nun in deutscher Übersetzung vorliegt. Friedrich betrachtet detailliert den Wiederaufbau einzelner Straßen bzw. Häuser in der Danziger Innenstadt, er analysiert Baupläne, legt die unterschiedlichen Konzepte des Wiederaufbaus dar und geht auf die zeitgenössischen Diskussionen ein. Dazu zieht er im Wesentlichen Presseerzeugnisse, Archivmaterialien, sowie publizierte und selbst erhobene Erinnerungen heran. Archivalisch stützt er sich vor allem auf die Akten der Baudirektion.

Friedrich schreibt, dass sich beim Wiederaufbau Danzigs zwei Konzeptionen gegenüberstanden: eine historisch-denkmalflegerische und eine kreative bzw. sozial-architektonische. Während die Vertreter der einen Konzeption vor allem die historische Konstruktion des Stadtbildes anstrebten, sahen die anderen den Sinn des Wiederaufbaus in der Lösung praktischer, d.h. sozialer, hygienischer und funktionaler Probleme. Aufgrund der starken Zerstörungen wurde sogar die Möglichkeit in Betracht gezogen, ein neues Stadtzentrum an einem anderen Ort zu errichten.

MIROSLAW SIKORA: Niszczyć, by tworzyć. Germanizacja Żywiecczyzny przez narodowosocjalistyczne Niemcy 1939–1944/45. Katowice: Instytut Pamięci Narodowej, Komisja Ścigania Zbrodni przeciwko Narodowi Polskiemu, 2010. 719 S., zahlr. Abb. und Tab. ISBN: 978-83-7629-229-8.

Terror, Massenaussiedlung und Germanisierung waren klassische Anklagepunkte des Obersten Volkstribunals der Volksrepublik Polen gegen leitende Beamte der deutschen Zivilverwaltung in den sogenannten annektierten Gebieten. Mirosław Sikora, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Nationales Gedenken (IPN) in Katowice, untersucht deutsche Besatzungspraxis im neu geschaffenen Regierungsbezirk Kattowitz unter Modernisierungsaspekten. Die „Transplantation bevölkerungspolitischer Aspekte der NS-Politik“ (S. 26) beschreibt der Verfasser am Beispiel der Kleinstadt Żywiec (Saybusch)

Nach Friedrichs Urteil waren beide Vorstellungen zutiefst romantisch. Bei der einen Partei konstatiert Friedrich einen an der Idealisierung der Vergangenheit orientierten Romantizismus, und über die andere Partei schreibt er, sie habe einen Romantizismus des Fortschritts vertreten, auch wenn dieser in pragmatische Überlegungen gehüllt gewesen sei. Die Vertreter beider Ansätze waren sich jedoch über die Bedeutung der Argumente des jeweils anderen Ansatzes bewusst und in der Praxis wurde am Ende ein Kompromiss zwischen diesen Konzeptionen umgesetzt.

Dies bedeutet aber, dass die Struktur der Stadt, anders als oft angenommen, grundlegend verändert wurde. Insbesondere die Danziger Rechtsstadt wurde keineswegs rekonstruiert, sondern es entstand eine einheitlich durchgeplante Siedlung, mit gemeinsamen Innenhöfen und einem konzipierten Netz von Geschäften und Einrichtungen wie Kindergärten und Schulen. Dabei verlor die Rechtsstadt ihren bürgerlichen Charakter und wurde in ein Arbeiterviertel verwandelt. Es entstand eine neue Stadt in altem Gewand.

Für die Bewohner Danzigs, die nach dem Krieg aus verschiedenen Regionen in die Stadt gezogen waren, trug der Wiederaufbau zur Herausbildung einer eigenen Identität bei. Bis heute ist die Danziger Stadtgesellschaft auf die Rekonstruktion stolz und der Wiederaufbau gehört, so Friedrich, zu ihren wichtigsten Gründungsmythen.

Hans-Christian Dahlmann, Hamburg

auf 719 quellengesättigten Seiten. Nur vordergründig baut er auf den Standardwerken von Alfred Koneczny auf, der grundlegend zur Entrechtung, Deportation und Vernichtung der polnischen und jüdischen Bevölkerung in Schlesien publiziert hat. Thema der vorliegenden Studie ist nicht die Verstrickung des deutschen Beamtenapparates in die Besatzungsverbrechen, sondern die kolonisatorische Tätigkeit deutscher Funktionäre beim Aufbau des nationalsozialistischen Mustergaus Oberschlesien. Im ersten und zweiten Teil reproduziert Sikora die Theorien der NS-Agrarpolitik zwischen „Mystizismus“ und „Pragmatismus“, gefolgt von einer Rekonstruktion des Netzes aus SS- und Angehörigen der inneren Verwaltung, die im ostoberschlesischen Besatzungsgebiet ihr erstes Experimentierfeld finden sollten. Die große Stärke des Buches liegt in der Beschreibung der institutionellen Machtstrukturen in Partei und Verwaltung auf Kreisebene (Kapitel 3). Mit großer Akribie zeichnet der Verfasser Karrieren

deutscher Raumplaner nach und schildert aus der Innensicht der Besatzer die Diskussion zur Frage der Eignung der Bevölkerungsstruktur des „Kreises Saybusch“ und seiner Wirtschaftskraft für eine zukünftige Germanisierung. Mit bestechender Präzision rekapituliert Sikora die Umsiedlungsaktion für rund 18.000 Polen aus dem Kreis Żywiec als dynamisches Zusammenspiel zwischen Himmler (in seiner Funktion als Reichskommissar zur Festigung des Deutschen Volkstums), dem ausführenden SS-General Erich von dem Bach sowie Adolf Eichmann, der zwischen September 1940 und Januar 1941 für die logistische Abschiebung der polnischen Bevölkerung auf dem Schienenweg in das Generalgouvernement (GG) verantwortlich zeichnete. Die Beamten vor Ort trieben die Enteignung der polnischen Höfe sowie die Ansiedlung der Volksdeutschen aus Ostgalizien, der Bukowina und Bessarabien voran. Nachdem ihr landwirtschaftliches Hab und Gut zunächst inventarisiert worden war, wurde die autochthone Bevölkerung enteignet, in provisorischen Sammellagern untergebracht, noch einmal rassistisch gefiltert (wobei, so der Autor, einige Betroffene die Volksliste unterschrieben und in wenigen Fällen sogar zusammen mit den neuen Ansiedlern auf den Heimathof zurückkehrten), ehe sie in Personen- und Güterwaggons entweder zwecks „Eindeutschung“ an die Umwandererzentrale nach Litzmannstadt (Łódź) bzw. zur Zwangsarbeit ins Reich weitergeleitet, oder ins GG deportiert wurden. Ein Vorgang, den der Verfasser apodiktisch auf die Formel der Aussiedlung auch „[...] des letzten, für die deutsche Kriegsmaschinerie überflüssigen Polen“ bringt. Von der Ansiedlung der volksdeutschen Bevölkerung, die als Ergebnis der Zusatzprotokolle in Folge des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts vom September 1939 umgesiedelt worden war, auf den ehemaligen polnischen Höfen handelt das 5. Kapitel. Das weitere Schicksal der im GG sich selbst überlassenen und auf die Hilfe der dortigen polnischen Bevölkerung angewiesenen polnischen Vertriebenen wird in einem Anhangskapitel vergleichsweise marginal abgehandelt.

Es liegt eine Täterstudie vor. Die Opfer, denen der Autor seine Studie ausdrücklich widmet, kommen in Form von Zeugenaussagen aus einem 2005 eingestellten staatsanwaltlichen Verfahren der Bezirkskommission Kattowitz zur Verfolgung von Verbrechen gegen die polnische Nation nur dann zu Wort, wenn das Vorgehen der Täter beschrieben werden soll. Anhand von Zensusmaterial veranschaulicht Sikora eindrucklich die Probleme der SS-Siedlungspolitik: im „Oststreifen“ akkumulierten

sich „Polen-Lager“ mit Polen und Juden und Umsiedlerlager mit Volksdeutschen, für die keine Betriebe zur Verfügung standen. In der Forschung ist mittlerweile anerkannt, dass diese ‚Sachzwänge‘ vor dem Hintergrund des Deportationsstopps in das GG vom März 1941 maßgeblich für den Massenmord an den dortigen Juden verantwortlich waren. Deren Verschwinden wurde im Zuge einer längerfristigen SS-Siedlungspolitik stillschweigend vorausgesetzt. Diese Kausalitäten werden in einer isolierten Darstellung der Ermordung der Juden aus dem Kreis Żywiec (wobei der Autor den Terminus ‚Aussiedlung‘ bevorzugt) in Kapitel 7 unter der Überschrift „Pazifizierung der polnischen Gesellschaft“ subsumiert. Wie unter der Ägide Görings die Haupttreuhandgesellschaft Ost als ein System von überregionalen und regionalen Behörden entstand, die nach der ‚ethnischen Flurbereinigung‘ die einheimische Bevölkerung ihres Ackerlandes, ihrer Immobilien und ihrer Industriebetriebe beraubten, das zeigt der Autor anhand einer systematischen Auswertung einer breiten Überlieferung von Verwaltungsakten des Reiches aus dem Staatsarchiv Kattowitz auf. Den polykratischen Charakter dieser kontroversen Enteignungspolitik demonstriert die Studie am Beispiel der Enteignung der ehemaligen Habsburger „Herrschaft Saybusch“. Auch die in der Besatzungsforschung unterrepräsentierte legitimatorische Funktion der politischen Justiz für die Zwangsmaßnahmen des Regimes wird vom Autor mit großer Souveränität anerkannt (S. 447). Durch eine geschickte Auswahl der Quellen aus der Mikroebene besticht ebenso Kapitel neun. In solcher Dichte wurde selten gezeigt, wie Ingenieure, Stadtplaner, Architekten, Demographen und Touristikfachleute in den Żywiecer Beskiden nationalsozialistischen Raum erschufen. Chronologisch ‚in der Luft‘ hängen die drei Schlusskapitel: So hätte der Leser die in Kapitel 7 nachgeschobene Schilderung der alltäglichen Schikanen gegen die polnische Zivilbevölkerung auf lokaler Ebene früher erwartet. Ausführliche Biogramme der Täter (deren Nachkriegslaufbahnen in einem ‚Post scriptum‘ genannten Kapitel illustriert werden) auf deutscher Seite stören den Lesefluss einer ansonsten vorbildlich lektorierten Arbeit. Methodisch fragwürdig sind die seitenlangen Paraphrasen behördlicher Quellen, beispielsweise zur Integration volksdeutscher Ansiedler und zur Errichtung von sogenannten Musterdörfern (Kapitel 8), oder zu anderen verhängnisvollen Schritten auf dem Weg zu einem vermeintlich modernen totalitären „Rassenstaat“.

Die vorliegende Studie hinterlässt bei ihren großen Verdiensten auf der anderen Seite auch einen

etwas ambivalenten Eindruck, weil der Verfasser auf eine kritische Betrachtung des Modernisierungsdiskurses in Bezug auf das Dritte Reich verzichtet und es somit auch versäumt, dem Buchtitel („Vernichten,

um zu erschaffen“, einem Nietzsche-Zitat entlehnt) seinen etwas frivolen Klang zu nehmen.

Frank Grelka, Frankfurt/Oder

GERHARD DOLIESEN: Polen unter kommunistischer Diktatur 1944–1956. Mit Vergleichen zur DDR. Schwerin: Die Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, 2010. 144 S., zahlr. Abb. ISBN: 978-3-933255-23-5.

Der 50. Jahrestag des Posener Arbeiteraufstands war 2006 Anlass für eine Wanderausstellung der Ost-Akademie Lüneburg und des Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen Mecklenburg-Vorpommern. Ein Ergebnis der Ausstellung ist der Band „Polen unter kommunistischer Diktatur 1944–1956“ des Osteuropahistorikers Gerhard Doliesen. Doliesen wendet sich an ein breiteres, zeitgeschichtlich interessiertes Publikum, indem er deutsche Leser in pointierter Form mit neueren Forschungsergebnissen polnischer und deutscher Wissenschaftler bekannt macht. Dabei konzentriert sich die Darstellung der Nachkriegsgeschichte Polens chronologisch auf drei Schwerpunkte: Die Beseitigung der Demokratie in Polen durch Maßnahmen der Sowjetunion, die stalinistische Diktatur und der Widerstand gegen sie sowie die Entstalinisierung und ihre Folgen. In den vergleichenden Kapiteln zur Entwicklung in Polen und der DDR stehen die Jahre bis 1956 ebenfalls im Vordergrund, doch zeigt Doliesen auch weitere Aspekte der Beziehungsgeschichte bis 1989 auf.

Der Band besticht neben der flüssig lesbaren Darstellung vor allem durch die Wiedergabe zahlreicher Quellen und Fotos, die in der deutschen Öffentlichkeit wenig bekannt sind. Fotos aus den Beständen des IPN zeigen beispielsweise antikommunistische Widerstandskämpfer, die noch bis Anfang der fünfziger Jahre in Polen einen Partisanenkrieg führten. Stalins handschriftliche Korrekturen, die in die polnische Verfassung von 1952 eingingen, oder Marschall Rokossowski/Rokossovskij einmal in sowjetischer, einmal in polnischer Uniform machen den bestimmenden Einfluss der Sowjetunion in der Volksrepublik Polen deutlich. Doliesen veranschaulicht durch die Zusammenstellung aussagekräftiger Quellen zudem unterschiedliche Perspektiven und Wahr-

nehmungen: Dem Bericht des staatlichen Polnischen Rundfunks über den Posener Arbeiteraufstand stellt er eine Reportage von Radio Free Europe gegenüber; ein Propagandaplakat, das die „Servicequalität“ im sozialistischen Einzelhandel hervorhebt, wird mit einem Foto über ein leeres Geschäft und lange Warteschlangen kombiniert. Weitere Quellen und Quellauszüge, die von Doliesen z.T. erstmals ins Deutsche übersetzt wurden, ergänzen die Darstellung ebenso wie die Wiedergabe politischer Witze oder Graphiken z.B. zu gefälschten Wahlergebnissen.

In den letzten beiden Kapiteln skizziert Doliesen die Situation in der DDR im Jahr 1956 und vergleicht die Entwicklung in beiden Staaten innerhalb des ersten Nachkriegsjahrzehnts. Trotz einer unterschiedlichen Ausgangssituation, so Doliesen, verlief die politische Entwicklung östlich und westlich der Oder aufgrund vergleichbarer Strukturen stalinistischer Herrschaft relativ ähnlich. Unterschiede zeigen sich aber in den Wechselwirkungen zwischen Politik und Gesellschaft. So kämpfte in der DDR ebenso wie in Polen der Staat gegen die Kirchen, doch mit sehr unterschiedlichem Ergebnis: In Polen ging die katholische Kirche aus dem Konflikt gestärkt hervor, in der DDR hinterließ die Kirchenpolitik der SED ein weitgehend atheistisches Land. Vielen Lesern wenig bekannt dürfte auch die deutlich höhere Präsenz sowjetischer Truppen in der DDR sein – sie war pro Einwohner 14 mal so hoch wie in der Volksrepublik Polen – oder aber die im Vergleich zu Polen signifikant höhere Zahl der offiziellen und inoffiziellen Geheimdienstmitarbeiter in der DDR.

Doliesen gelingt es überzeugend, durch eine vergleichende Perspektive neue Erkenntnisse zu vermitteln. Zu bedauern ist lediglich, dass sich das Buch auf den für einen Publikumstitel relativ kurzen Zeitraum von 1944 bis 1956 beschränkt. Ein deutlich erweiterter Untersuchungszeitraum hätte sicher mehr zeitgeschichtlich interessierte Leser angesprochen. Dessen ungeachtet ist Doliesens Band ein gelungenes Beispiel dafür, wie der aktuelle Stand der Wissenschaft einem breiteren Publikum vermittelt werden kann.

Christian Pletzing, Flensburg

ANNA MARIA GRÜNFELDER: Arbeitseinsatz für die Neuordnung Europas. Zivil- und ZwangsarbeiterInnen aus Jugoslawien in der „Ostmark“. 1938/41–1945. Wien, Köln, Weimar: Böhlau, 2010, 262 S. ISBN: 978-3-205-78453-1.

Während des Zweiten Weltkriegs waren im Deutschen Reich bis zu 13 Millionen ausländische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene in der NS-Kriegswirtschaft eingesetzt. Aus allen Teilen Europas verschleppt oder unter leeren Versprechungen nach Deutschland verbracht, stellten sie einen wesentlichen Faktor in der Rüstungsindustrie, in der Land- und Forstwirtschaft und in anderen Bereichen der Wirtschaft dar. Ungefähr eine Million ausländische Arbeitskräfte befanden sich auf dem Gebiet des heutigen Österreich⁵, ca. 580.000 davon waren zivile Zwangsarbeiter, knapp über 300.000 Kriegsgefangene und 200.000 KZ-Häftlinge, in erster Linie in Mauthausen, von denen jeder zweite die Torturen nicht überlebte. Anzumerken gilt, dass die Übergänge zwischen den drei unterschiedenen Kategorien von Zwangsarbeitern teilweise fließend waren, also vielfach Kriegsgefangene innerhalb des KZ-Lagersystems zur Zwangsarbeit gezwungen wurden, in den Zivilarbeiterstatus überführt wurden oder zivile Zwangsarbeiter aufgrund von Vergehen in Arbeitserziehungslager beziehungsweise Konzentrationslager eingewiesen wurden. Hinzu kommen noch an die 55.000 ungarische Juden, die 1944 zur Zwangsarbeit aus Ungarn nach Ostösterreich deportiert wurden, wo sie zum Bau des so genannten Südostwalls eingesetzt wurden.

Anna Maria Grünfelder widmet sich in ihrem Buch dem Schicksal der „Zivil- und ZwangsarbeiterInnen“ aus Jugoslawien in der „Ostmark“, das bislang kaum erforscht worden war (sieht man von wenigen wirtschaftsgeschichtlichen Studien, die die

Thematik tangieren, ab, S. 11). Der nicht ganz korrekt gewählte Titel spiegelt die Schwierigkeit der Thematik wider. Einerseits liegt der Schwerpunkt auf dem von Hitlers Gnaden geschaffenen „Unabhängigen Staat Kroatien“ (NDH), andererseits werden auch die aus den von Ungarn und Italien annektierten „jugoslawischen“ Gebieten rekrutierten Zwangsarbeitskräfte abgehandelt. Das Schicksal der anderen südslawischen Nationalitäten ist nicht Gegenstand der Untersuchungen der Autorin.

Die mittlerweile zahlreichen Studien zur NS-Zwangsarbeit haben deutlich aufgezeigt, dass sich nur die wenigsten zivilen Arbeitskräfte freiwillig für einen Arbeitseinsatz im Deutschen Reich gemeldet hatten. Die Gründe hierfür sind vielschichtig. Aufgrund der arbeitsrechtlichen Diskriminierungen sind aber auch diese sogenannten Freiwilligen generell als Zwangsarbeiter zu bezeichnen. Die Gruppe der Kroaten ist hier von besonderem Interesse, da sie als einzige Angehörige eines slawischen Volkes deutschen Arbeitern de jure gleichgestellt waren, obwohl dies, wie die Autorin vorab festhält, „für ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen wenig bedeutete“. (S. 10.) „Fremdarbeiter“, wie alle ausländischen Arbeitskräfte pauschal im Deutschen Reich bezeichnet wurden, waren aber nicht gleich „Fremdarbeiter“. Hier kam die NS-Rassenideologie zum Tragen, an deren Spitze die „artverwandten“, „blutgleichen“ Volksangehörigen standen. Unten in der Hierarchie der zivilen Zwangsarbeiter standen die slawischen „Ostarbeiter“. An unterster Stelle standen Juden, die im „Dritten Reich“ jedoch kaum als zivile Zwangsarbeiter zum Einsatz herangezogen wurden.⁶ Alle anderen europäischen Völker nahmen in der Gruppe der zivilen Zwangsarbeiter eine Zwischenstellung ein.

Die Arbeits- und Wirtschaftsmigration der Kroaten nach Österreich und Deutschland hatte – wie generell aus dem „jugoslawischen“ Raum – bis in den Ersten Weltkrieg zurückreichende Tradition. Vor der Besetzung Jugoslawiens durch die Deutsche Wehrmacht 1941 arbeiteten bereits Tausende „Jugoslawen“ im Deutschen Reich. 1943 stellten die jugoslawischen Zwangsarbeiter acht Prozent aller im Deutschen Reich eingesetzten ausländischen Arbeitskräfte.

Besondere Aufmerksamkeit widmet Grünfelder in ihrem Buch daher den Aushebungsmodalitäten der Arbeitskräfte. Dies ist, nicht zu Unrecht, die Kategorisierung von Arbeitskräften als Zwangsarbeiter – auch den heutigen gültigen internationalen Rege-

5 Siehe hierzu FLORIAN FREUND / BERTRAND PERZ / MARK SPOERER Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen auf dem Gebiet der Republik Österreich 1939–1945. Wien, München 2004. = Veröffentlichungen der Historikerkommission der Republik Österreich, 26/1), S. 346; STEFAN KARNER / PETER RUGGENTHALER Zwangsarbeit in der Land- und Forstwirtschaft auf dem Gebiet Österreichs 1939 bis 1945. Wien, München 2004. (= Veröffentlichungen der Historikerkommission der Republik Österreich, 26/2); ULRICH HERBERT Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Bonn 1999; MARK SPOERER Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939–1945. Stuttgart, München 2001.

6 Zur „Ostmark“ siehe vor allem WOLF GRUNER Zwangsarbeit und Verfolgung. Österreichische Juden im NS-Staat 1938–45. Innsbruck, Wien, München 2000.

lungen zufolge – besonders von diesem Kriterium abhängig. In der Einleitung nimmt die Autorin bereits vorweg, dass die Gewaltausübung bei der Aushebung von Arbeitskräften in dem von ihr untersuchten Gebiet (Grünfelder beschränkt sich im Wesentlichen auf die Grenzen des heutigen Kroatien) sowohl durch die kroatischen Behörden als auch von den mit den Ustaša-Einheiten zusammenarbeitenden deutschen Ämtern (die zudem auch in Eigenregie rekrutierten) alltäglich war (S. 21). Die Arbeitskräfte-rekrutierung fand im NDH auf drei Ebenen statt: mittels Razzien (ab S. 69), auf Basis des deutsch-kroatischen Vertrages zur Beschaffung von Arbeitskräften in Kroatien (ab S. 81) und im Rahmen der deutsch-kroatisch-italienischen Großoffensiven gegen Partisanen (ab S. 98). Damit unterschieden sich die Rekrutierungsmethoden beispielsweise kaum von den in der besetzten Sowjetunion angewandten (mit oder ohne Zusammenwirken mit kollaborierenden Organen). Dies ist auch der beste Teil der Studie. Grünfelder fügt damit die Rekrutierung von Arbeitskräften in das Gesamtbild der Politik NS-Deutschlands ein. Das Deutsche Reich wurde mit den geforderten Arbeitern versorgt und der kroatische Staat entledigte sich damit unerwünschter Bevölkerungsgruppen.

Ausgeblendet in der Untersuchung bleibt aber das Schicksal der 330.000 in deutsche Hand geratener jugoslawischen Kriegsgefangenen. Da bei diesen in großem Maße die Bestimmungen der Genfer Konvention systematisch gebrochen wurden, sind sie generell als Zwangsarbeiter zu kategorisieren. Auch wenn die Erforschung ihres Schicksals ein eigenes Forschungsprojekt darstellen würde, so hätte die Autorin doch zumindest auf der Basis der ausführlichen Kriegsgefangenenliteratur das Schicksal dieser Gruppe in der „Ostmark“ beleuchten können.⁷

Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Zwangsarbeiter legt Grünfelder in erster Linie auf der Basis der Akten des Österreichischen Versöhnungsfonds (ÖVF) und von Interviews dar. Der Lesefluss wird durch die gewählte Methodik, so viele Einzelschicksale wie möglich – mit ständiger Angabe von Geburtsjahren und -orten) aufzulisten, erheblich gestört. So bleiben Hintergründe dieser Schicksale verborgen und diesem Teil der Arbeit kommt vor allem dokumentarischer Wert zu. Dem stark deskriptiven Narrativ dieses Kapitels (ab S. 138) hätte aber

ein mehr in die Tiefe gehender analytischer Ansatz gut getan. Zudem liest sich das Buch überhaupt phasenweise wie ein Forschungsbericht über die Quellenlage.

Auch eine genauere Erforschung der Einzelschicksale wäre für die Studie vorteilhaft gewesen. Dann hätten sich wohl auch Vermutungen erübrigt. Die Erkenntnis, dass landwirtschaftliche Güter (wie beispielsweise Bretstein oder St. Lambrecht in der Steiermark) zum KZ-System Mauthausen gehörten und damit auch formelle KZ-Insassen zur Zwangsarbeit in der Landwirtschaft herangezogen wurden, ist nicht neu.⁸ Wenn eine Zeitzeugin angibt, sie habe auf einem zu Mauthausen gehörenden „landwirtschaftlichen Gut in Judenburg“ gearbeitet, hätte dies einer eingehenderen Recherche bedurft als schlicht festzuhalten, Judenburg sei „nicht unter den Konzentrationslager-Außenstellen verzeichnet“ (S. 142), wo doch die Autorin zu recht reklamiert, dass es sich hierbei um einen wenig erforschten Bereich handelt.⁹ Anzunehmen ist wohl, dass die Betroffene in einem der genannten Güter im Bezirk Judenburg eingesetzt wurde. Hier gilt es in Zukunft, einen Schwerpunkt auf die Erforschung dieser Desiderata zu setzen.

Grünfelder hat für ihre Studie – abgesehen von dem genannten Bestand des ÖVF – ausschließlich Quellen aus kroatischen Archiven verwendet. So kann sie freilich wesentliche Fragestellungen nicht beantworten (etwa zur Genese des deutsch-kroatischen Abkommens über die Entsendung von Arbeitskräften in das Deutsche Reich). Von besonderem Interesse – und für die vorliegende Studie eigentlich unabdingbar – wären auch die Unterlagen der in vielen kroatischen Städten vertretenden Büros des Reichsarbeitsministeriums gewesen („wird man in deutschen Archiven suchen müssen“, S. 60). Dass man auf dieser Basis nicht die Geschichte der jugoslawischen Zwangsarbeiter im Deutschen Reich (oder auch nur in der „Ostmark“) schreiben kann, ist klar. Aber ein erster wichtiger Schritt in dieser Richtung ist getan. Jeder, der sich künftig mit dem Schicksal der jugoslawischen Kriegsgefangenen im Deutschen Reich beschäftigt, wird auf Grünfelders Studie aufbauen und von ihr profitieren können.

Peter Ruggenthaler, Graz

7 Zahlen zu „jugoslawischen“ Kriegsgefangenen in den Lagern auf dem Gebiet des heutigen Österreich finden sich bei HUBERT SPECKNER In der Gewalt des Feindes. Kriegsgefangenenlager in der „Ostmark“ 1939 bis 1945. Wien, München 2003.

8 DIETMAR SEILER Die SS im Benediktinerstift. Aspekte der KZ-Außenlager St. Lambrecht und Schloss Lind. Graz 1994; HANS MARŠÁLEK Die Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen. Dokumentation. 4. Aufl. Wien 2006.

9 Eine Ausnahme ist beispielsweise folgende Studie: STEFAN KARNER / HEIDE GSELL / PHILIPP LESIAK Schloss Lanach 1938–1949. Graz 2008.

GILLES FAVAREL-GARRIGUES: Policing Economic Crime in Russia. From Soviet Planned Economy to Privatisation. Translated by Roger Leverdier. London: C. Hurst & Co. Publishers, 2011. VII, 304 S. = Comparative Politics and International Studies Series. ISBN: 978-1-84904-065-5.

Inhaltsverzeichnis:

http://bvbr.bib-bvb.de:8991/exlibris/aleph/a21_1/apache_media/T7631R7UVYM432CXBB25KLC5DNIAPP.pdf

Die Studie greift eine zentrale Frage zur Beurteilung des Transformationsprozesses in Russland auf. Obwohl man annehmen sollte, dass die Privatisierung der staatlichen Betriebe sowie der Übergang von der Kommandowirtschaft zur Marktwirtschaft von einem vollständigen Paradigmenwechsel in den Vorstellungen von Wirtschaftskriminalität begleitet gewesen wäre, führt Gilles Favarel-Garrigues [F.-G.] den Nachweis, dass dieser ausblieb. Die gesetzlichen Bestimmungen über Wirtschaftskriminalität blieben vage. Die Strafpolitik orientierte sich weiter am sowjetischen Modell. Wie ist diese überraschende Kontinuität zu erklären? Stellten die Strafverfolgungsorgane ihr Verhalten nicht um, weil ihnen die Kompetenz fehlte, die mit der Privatisierung verbundenen neuen Formen der Wirtschaftskriminalität zu bekämpfen, oder handelten sie auf Anweisung der Regierung? F.-G. lenkt bei der Beantwortung den Blick auf die herrschaftslegitimierende Rolle, die der Inszenierung des Kampfes der politischen Führung gegen die Wirtschaftskriminalität zukam (S. 38–42, 61).

Um überhaupt Aussagen über mögliche Veränderungen während des Transformationsprozesses machen zu können, nimmt F.-G. den gesamten Zeitraum von 1965 bis 1995 in den Blick. Die zentrale Perspektive ergänzt er durch eine Lokalstudie für die Oblast' Sverdlovsk. Das erlaubt ihm auch zu untersuchen, wie der Polizeiapparat vor Ort funktionierte und in welchem Maße zentrale Kampagnen umgesetzt wurden. Die Studie gliedert sich in drei Teile. Zunächst werden das sowjetische Verständnis von Wirtschaftskriminalität und das „Management“ ihrer Bekämpfung zwischen 1965 und 1985 behandelt. Im zweiten Teil geht es um die Auswirkungen von Perestrojka und Glasnost' auf das Verständnis von Wirtschaftskriminalität und deren Bekämpfung auf zentraler Ebene. Im dritten Teil stehen der Privatisierungsprozess und die Frage, warum gegen kriminelle Formen bei der Umverteilung des Eigentums kaum eingeschritten wurde, unter Einbeziehung auch der

lokalen Strafpraxis, im Vordergrund. Abschließend wird ein Bezug zu Putins Handeln hergestellt.

Wirtschaftskriminalität erweist sich nicht nur bezogen auf Russland als schwer zu definierendes und noch viel schwerer nachzuweisendes Delikt. Ähnlich wie die Korruption basiert sie vielfach auf Handlungen im Verborgenen, die kaum aufdeckbar sind, weil alle Beteiligten von ihnen profitieren. (Noch heute ist in Deutschland strittig, was verwerflicher ist, die Wirtschaftskriminalität selbst oder ihre Bekämpfung, die sich auf illegal beschaffte Beweise stützen muss.) Im Folgenden seien einige Ergebnisse dieser grundlegenden Studie festgehalten.

Die sowjetische Konzeption sah Wirtschaftskriminalität als Relikt von Ausbeutung und überholten kapitalistischen Verhältnissen und mithin als der eigenen Ordnung fremd an. Als Gründe der Kriminalität galten moralische Schwächen des Einzelnen, Mängel der Bewachung und Kontrolle sowie die nachlässige Auswahl des Personals. Die Erklärungen dienten mithin vor allem zur Ablenkung von den eigentlichen, in der Wirtschaftsordnung der Sowjetunion liegenden Ursachen und erlaubten zudem, die Hauptverantwortung für die Fortexistenz der Verbrechen der unzureichenden Arbeit der Polizei zuzuschreiben (S. 70–98). Die Gesetze legten nur sehr vage fest, was als Wirtschaftskriminalität anzusehen war. Das ließ der Politik und den Organen der Rechtsdurchsetzung einen großen Spielraum. Die meisten Delikte fielen in den Bereich der Schattenwirtschaft. Da diese für das Funktionieren der offiziellen Wirtschaft unentbehrlich war, konnte sie ohne Schaden für das Gesamtsystem nicht bekämpft werden. Die Funktionäre von Partei und Staat sowie die Organe der Gesetzesdurchsetzung stellten sich blind gegenüber Praktiken, die für das Überleben des Regimes erforderlich waren (S. 38–39). Bestraft wurde durchweg nur selektiv. Da fast jeder gegen Normen verstieß, fiel die Entscheidung, wer bestraft wurde, willkürlich.

„Recht“ blieb also auch bezüglich der Wirtschaftskriminalität in Russland eine Ressource der „Macht“, die diese opportunistisch nutzte (S. 51–52). Die Organe der Rechtsdurchsetzung hatten die Anweisungen des Staates zu befolgen. Sie wurden vor allem im Rahmen der zentralen Kampagnen tätig, die dem Volk die Illusion, Verbrechen würden aktiv bekämpft, vermitteln sollten. Als Erfolgsindikator für polizeiliches Handeln galt eine hohe Zahl von belangten Delinquenten. Eben das eröffnete der Polizei vor Ort aber auch einen Handlungsspielraum. Sie konnte entscheiden, wen sie zur Rechenschaft ziehen wollte. Ihre Aufgabe erfüllte sie auch durch

die Verhaftung einer großen Zahl kleiner Diebe und die Ahndung von Bagatelldelikten. Die schwerer nachweisbaren und bei der Verfolgung für die eigene Stellung mit einem unkalkulierbaren Risiko verbundenen kriminellen Aktivitäten der lokalen Eliten „übersah“ die Polizei gern. Der enorme Aufwand, der mit der Mobilisierung von Personal während einer Kampagne betrieben wurde, täuscht darüber hinweg, dass die Kampagnen zur Ausmerzungen der Wirtschaftskriminalität nicht taugten. Die Polizei ahndete vor allem, was einfach aufzudecken war, egal ob es überhaupt größeren Schaden verursachte.

Der politischen Führung diente der Kampf gegen Wirtschaftskriminalität vorrangig zur Legitimation ihrer Herrschaft. So startete jeder neue Generalsekretär eine Kampagne (S. 60). Der Kohärenz der Maßnahmen kam dabei keine Bedeutung zu. Der „Kampf“ orientierte sich auch nach 1985 weiter an den der Bevölkerung vertrauten und weitgehend von ihr akzeptierten Stereotypen der Sowjetzeit. Er sollte durch die Präsentation von Sündenböcken für die sich verschärfenden Versorgungsmängel entschiedenes Handeln und das Eintreten für soziale Gerechtigkeit vorspiegeln. Die rechtliche Lenkung der Wirtschaftsreform oder der Privatisierung spielten dabei keine Rolle. Die grundlegende Verwirrung über Begriffe, wobei etwa Unternehmer, die aus der Schattenwirtschaft hervorgingen, pauschal als Kriminelle galten, wurde nicht beseitigt (S. 125 ff.). Gorbachevs und Jelzins populistischer Kampf gegen die „Verursacher“ der Versorgungsengpässe konterkarierte die gleichzeitige Implementierung einer Reformpolitik. So startete Gorbachev zunächst eine Kampagne gegen „nichtwerktätige Einkommen“. Bis 1991 wurde immer wieder das parasitäre Abschöpfen von Gewinnen durch Spekulation und Wucher als Hauptursache allen Übels angeprangert. Das Ende 1986 im Rahmen der Wirtschaftsreform erlassene Gesetz zur Förderung der individuellen Arbeitsaktivität irritierte auch die Strafverfolgungsbehörden, weil sich Einkommen daraus kaum von „nichtwerktätigem Einkommen“ unterscheiden ließ. Mit der anschließenden Propagierung der Gründung von Genossenschaften wurde dieser Widerspruch noch verschärft. Sie galten schnell als Hort der Spekulation (S. 99; 103–175).

Der Verzicht auf die zentrale Kontrolle der öffentlichen Kommunikation und der Medien bewirkte keineswegs eine Demokratisierung des Diskurses über Wirtschaftskriminalität. Vielmehr dominierten weiterhin die vertrauten sowjetischen Stereotype. Glasnost machte das Verbrechen plötzlich sichtbar. Das in der Berichterstattung deutlich werdende Aus-

maß der Kriminalität verunsicherte die Bevölkerung zutiefst. Selbsternannte „Spezialisten“ begannen, die Phänomene in den Medien zu erklären. Mit ihren Halbwahrheiten trugen sie letztlich dazu bei, den Kampf spektakulär und massenwirksam auf mafiöse Strukturen und gewaltbereite Kriminelle zu lenken, die korrupte Beziehungen zu dem lokalen Staatsapparat unterhielten. Die Politik griff das gerne auf, um Entschlossenheit zu demonstrieren, und startete einen Kampf gegen das „organisierte Verbrechen“ (S. 155–175). Im realen Kampf vor Ort war das wenig hilfreich. Die Strafverfolgungsorgane verhafteten nach sowjetischem Muster massenhaft Kleinkriminelle, denen sie unterstellten, in Gruppen zu arbeiten, so dass sie als „organisierte Kriminelle“ registriert wurden. Die eigentliche Kriminalität im Schatten der Privatisierung beachteten sie dagegen nicht. Für ihre Bekämpfung waren sie weder geschult noch verfügten sie dafür über die hinreichenden Mittel. Unzufrieden über die Arbeitsbedingungen und das ihnen von der Gesellschaft entgegengebrachte Misstrauen quittierten gerade qualifizierte Offiziere den Dienst und ließen sich von privaten Sicherheitsdiensten anheuern, um das Privatkapital vor Verfolgung zu schützen. Die Kampagne gegen „organisierte Kriminalität“ trug somit nach Ansicht von F.-G. zur Irreführung der Öffentlichkeit und zur Unterlassung des Kampfs gegen die Wirtschaftskriminalität bei der Privatisierung bei. Die Elite von Partei, Verwaltung und Wirtschaft konnten die eigentlichen Werte im Privatisierungsprozess unter Ausschluss der Öffentlichkeit in Ruhe auf Basis von „Insiderwissen“ unter sich verschieben. Das Fehlen von brutaler Gewalt und Bändertum ließ diesen Betrug nicht in den Geruch von Wirtschaftskriminalität geraten. Zudem waren daran gerade die Personen beteiligt, die lokal Befehlsgewalt über die Organe der Strafverfolgung ausübten.

Das Bild, die Polizei habe nur Befehle von oben befolgt, widerlegt F.-G. Die Undurchführbarkeit der Anweisungen mit ihren personellen und materiellen Ressourcen eröffnete den lokalen Organen einen Spielraum. Dieser gewann während der Perestrojka-Zeit eine neue Qualität. Die Kritik am Zentrum wegen des Versagens bei der Bekämpfung der Kriminalität verschaffte den Gebietsleitungen größere Unabhängigkeit. Die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Zentrum und Regionen stärkte die Verbindung zwischen den lokalen Polizeichefs und den regionalen politischen Führern. Das erlaubte den Gouverneuren, zunehmend eigene wirtschaftliche und Wahlinteressen durchzusetzen (S. 250–251). Einige bemühten sich, Pioniere bei der Privatisierung zu

sein. Entsprechend desinteressiert waren sie an der Verfolgung von Kriminalität, die sich mit den neuen Unternehmensformen verband. In der Praxis war alles erlaubt, was nicht ausdrücklich verboten wurde. Die Polizei wurde angehalten, nachlässig gegenüber neuen Unternehmensformen vorzugehen (S. 224–225). F.-G. stellt fest, dass die lokalen Führer, gestützt auf die Organe der Rechtsdurchsetzung, das staatliche Monopol zur Gewaltanwendung nicht weniger herausforderten als das „organisierte Verbrechen“ (S. 257). Das machte es notwendig, die zentrale Kontrolle über Kriminaluntersuchungen zurückzugewinnen.

Wir sind F.-G. zu großem Dank verpflichtet, dass er dieses sperrige, scheinbar nur für den Spezialisten interessante und für diesen Zeitraum bisher nicht untersuchte Thema angesichts des offensichtlichen Quellenproblems anpackt. Er macht deutlich, dass es von zentraler Bedeutung für das Verständnis ist, warum der wirtschaftliche und politische Transformationsprozess in Russland bedingt scheiterte. Er weist nach, dass die Definitionshoheit über Wirtschaftskriminalität auch nach der Privatisierung wei-

ter als wertvolle politische Ressource genutzt wurde. Die Regierung versuchte noch immer, der Geschäftswelt ihre Regeln zu diktieren, und nutzte dabei die rechtliche Verwundbarkeit der Unternehmer. Der Kampf gegen das „organisierte Verbrechen“ und anschließend gegen „ökonomische Sabotage“ zielte vor allem auf die Kontrolle der privaten Unternehmer. Die Kriminalisierung der Wirtschaft und das Rufen nach staatlichen Repressionen in der öffentlichen Rhetorik blieb ein Hauptmittel der politischen Legitimation. Putin betrieb die Rezentralisierung der Rechtsdurchsetzung und beseitigte die zeitweilige Eigenständigkeit der Gouverneure. Er legitimierte sein Handeln als Wiederherstellung von Ordnung. Die Kategorien der Wirtschaftskriminalität sind weiter so vage definiert wie zur Sowjetzeit: „Fixing the border between ‚clean‘ and ‚dirty‘ money – that is, managing the distinction between delinquency and economic illegalities – remains a permanent key feature of political power in post-Soviet Russia.“ (S. 260)

Stephan Merl, Bielefeld